

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3561.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: G. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 μ .
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 μ .
Versammlungsanzeigen 10 μ . Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Die Berliner Tischlermeister haben beschlossen, 10 pBt. ihrer Gesellen auszusperrern!

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fern zu halten von:
Tischlern nach Fena (Wernth & Raumann);
Tischlern und Drechslern nach Stolp (Eduard Becker);
Tischlern und Maschinenarbeitern nach Leipzig (Firma Wagner & Zinkeisen), Schlabach;
Drechslern nach Reib (Worms);
Korbmachern nach Düben (Kindermagenfabrik), Dranienburg, Rippertwiese bei Schwedt an der Oder (Tornow);
Verlmitter-Knopfdrechslern nach Verga (Rob. Meier jr.).

Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter.

Als im vorigen Jahre verschiedene Tischlermeister Abzüge vornehmen wollten, aber bei den Gesellen auf Widerstand stießen, wurde von den bekannten Scharmachern in den Kreisen der Berliner Tischlermeister wiederholt darauf hingedrängt, durch Massenausperrungen die Organisation der Gesellen niederzuwerfen. Mit solchen Vorschlägen drang man damals noch nicht durch. Die bestehenden Verträge mit dem Holzarbeiterverband standen im Wege. Den Vorständen der Unternehmervereine schien auch die Geschäftskonjunktur noch nicht schlecht genug zu sein. Der Holzarbeiterverband bot ihnen keine Handhabe, die etwa ein Vorgehen rechtfertigen konnte.

Die Gesellen hielten sich strikte an die Vereinbarungen. Bei jeder Lohnstreitigkeit riefen sie die Ahtzähler-Kommission an, damit die nöthigen Verhandlungen gepflogen werden konnten, um jeden Konflikt zu vermeiden. Nicht so die Meister. Ohne irgend welche vorhergegangenen Besprechungen mit ihren Arbeitern kündigten sie eine Herabsetzung der Preise an. Weigerten sich die Gesellen, zu den reduzierten Preisen zu arbeiten und beriefen sie sich darauf, daß erst eine Verhandlung zwischen ihrer Organisation und den Vertretern des Unternehmerverbandes stattfinden solle und sie sich dem Ergebnis dieser Verhandlungen fügen würden, dann entließen sie die betreffenden Gesellen sofort, nachdem diese ihren Akkord fertig gestellt hatten. Beantragten unsere Kollegen bei dem Vorstand der Vereinigung der Holzindustriellen eine Sitzung der obigen Kommission, so wurden alle möglichen Schwierigkeiten gemacht. Kamen endlich die Herren von der Unterkommission, dann haben sie häufig, statt eine Einigung anzustreben, den Meister, bei dem sie verhandeln sollten, noch scharf gemacht und dadurch eine Beilegung der Differenzen verhindert.

Auch bei der Firma Weinland ist in der Weise gehandelt worden. Hier war es Herr Jaski, der als Vertreter der Unterkommission, Herrn Weinland einredete, er bezahle viel zu hohe Preise, sie seien 10 pBt. höher als in den übrigen Betrieben. Das mag wohl insofern seine Richtigkeit haben, als bei Herrn Jaski und auch bei der Firma Gelder & Platen für Bettstellen weniger bezahlt wird. Jedoch ist in Betracht zu ziehen, daß dort andere Einrichtungen vorhanden sind, eine andere Arbeitsmethode üblich ist, und ebenso viel und vielfach mehr verdient wird als bei Herrn Weinland.

Hatte die Unter- sowie die Ahtzählerkommission eine Differenz beigelegt und der betreffende Meister wollte sich dem Beschluß der Kommission nicht fügen, dann hat die freie Vereinigung der Holzindustriellen

in keiner Weise auf den Mann eingewirkt, wie es nach unserem Vertragsverhältnis ganz selbstverständlich gewesen wäre. Als der Tischlermeister Geißler das erste Mal Abzüge machte, wurde durch die Unterhandlung der Kommission eine Einigung erzielt. Die Gesellen hatten etwas von den Preisen abgelassen, weil Herr Geißler der Kommission auf Ehrenwort versprach, nun keine weiteren Abzüge vorzunehmen. Wenige Wochen darauf kündigte Herr Geißler seinen Gesellen einen neuen bedeutenden Abzug an. Statt nun den Herrn zu veranlassen, sein Ehrenwort zu halten und im Weigerungsfalle mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dazu zu zwingen, sträubten sich die Unternehmer sogar, die Hand zur Beilegung dieser Differenz zu bieten. Sie machten sogar auch diese Angelegenheit zur Vereinsache und erklärten sich mit Herrn Geißler solidarisch. Nur dadurch, daß man Herrn Geißler seine Unterstützung angebeihen ließ, kam es soweit, daß die Gesellen die Arbeit niederlegen mußten.

Dagegen hat der Holzarbeiterverband bei jeder Streitigkeit den Versuch gemacht, eine gütliche Beilegung auf dem Wege der Verhandlung herbeizuführen. Den Beschlüssen der Ahtzählerkommission suchte der Verband jedes Mal Geltung zu verschaffen. Auch wenn unsere Kollegen mit den Beschlüssen nicht einverstanden waren, suchte die Leitung des Verbandes ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um die Kollegen zur Einhaltung der Beschlüsse zu bewegen. Weigerten sich dennoch einzelne Kollegen, so wurden dieselben durch Beschluß der Verwaltung dazu gezwungen. Alle Bestrebungen unserer Verbandsleitung gingen dahin, alle Streiks zu verhindern und den Frieden im Tischlergewerbe aufrecht zu erhalten.

Bei den Meistern kann man von ähnlichen Bestrebungen nicht sprechen. Der Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen war nicht bemüht, die Differenzen in den einzelnen Betrieben friedlich beizulegen. In letzter Zeit gingen die Bestrebungen dahin, recht häufig Differenzen herbeizuführen, die Beilegung derselben zu verhindern, aus jeder Streitigkeit eine ernste Differenz zu machen und den Frieden im Tischlergewerbe zu stören. Die Herren Bry und Platen scheinen sich besonders Mühe gegeben zu haben. Ihrem Einfluß ist es zuzuschreiben, wenn jetzt ein ernstster Kampf ausbricht.

Die Vorstände der Unternehmerverbände wollten durch die bekannte „Hülfsaktion“ zu Lohnreduktionen anregen. Die Entscheidung des Einigungsamtes in Sachen Weinland wurde dazu benutzt, um die Vereinbarungen aufzuheben. Und nun will man in den durch die Meister selbst veranlaßten Differenzen in drei Werkstätten einen Grund suchen, um gegen den Holzarbeiterverband vorzugehen.

Zuerst forderten die Leitungen der Unternehmerverbände auf, überall, wo Gesellen wegen Mangels an Arbeit entlassen werden müssen, den Leuten zu erklären: „Sie werden deshalb entlassen, weil der Holzarbeiterverband über die Werkstätten Geißler und Weinland die Sperre verhängt hat.“ Sie rechneten dabei so, der Verband muß alle diese Leute unterstützen, die Ausgaben des Verbandes können dadurch enorm in die Höhe gehen und der Kasse des Verbandes wird ein bedeutender Schaden zugefügt. Der Verband wird dadurch vielleicht auch gezwungen, die Sperre aufzuheben. Dieses Vorgehen hat aber nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Die Mehrzahl der Meister hatte nicht den

Muth, den Gesellen offen den richtigen Entlassungsgrund mitzutheilen. Sie sagen nach wie vor: „Es thut mir sehr leid, Sie entlassen zu müssen; es ist nichts mehr zu thun.“

In der letzten gemeinsamen Vorstandssitzung beschlossen sie, in anderer Weise vorzugehen. Sie sandten an die Leitung des Verbandes folgendes Schreiben:

Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin.
Berlin, den 10. Januar 1902.

An den Deutschen Holzarbeiterverband,
Ortsverwaltung Berlin.

J. S. des Vorstandes, hier.
Nachdem der Deutsche Holzarbeiterverband über die Betriebe Weinland, Gebr. Geißler und Ziege die Sperre verhängt hat, zeigen wir Ihnen hierdurch ergebenst an, daß die berufenen Vertreter der vereinigten Verbände der Holzindustrie zu Berlin in einer gemeinschaftlichen Sitzung am 8. d. M. folgenden Beschluß gefaßt haben:

Falls der am Freitag, den 10. Januar 1902, Abends 6 Uhr, im „Katholischen Vereinshaus“, Niederwallstr. 11, bei Krebs tagenden Delegirten-Versammlung der Tischlerinnung zu Berlin vom Deutschen Holzarbeiterverband die Aufhebung der bestehenden und die Unterlassung jeglicher weiteren stillen oder öffentlichen Sperre sowie das Zurückziehen der unterstützten Streikposten nicht schriftlich und zwar bis 9 1/2 Uhr Abends zugesichert ist, wird die Entlassung von 10 pBt. der in den Berliner Betrieben beschäftigten Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschlossen und sofort durchgeführt werden.“

Diesen Beschluß haben wir bereits am 8. d. M. dem in der oben bezeichneten Sitzung vorübergehend anwesend gewesenen Vertreter Ihres Vorstandes, Herrn Maß, mündlich mitgeteilt.

Hochachtungsvoll

Die Vorstände

der Tischler-Innung zu Berlin, der Freien Vereinigung der Holzindustriellen in Berlin, des Zentralverbandes der Bautischlermeister Berlins und Umg., des Vereins selbstständiger Fabrikanten für Labeneinrichtungen und Comptoirmöbel, des Vereins der Fräsebesitzer und verwandten Gewerbe.

Im Auftrage: C. Kahardt, Obermeister.

Am 10. Januar tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine stark besuchte Vertrauensmänner-versammlung. Glocke referirte über: „Ein Aussperrungsbeschluß der Tischlermeistervereinigungen“. Der obenstehende Brief wurde dort verlesen. In der Diskussion vertraten sämmtliche Redner die Ansicht, diesen Antrag der Unternehmer energisch zurückzuweisen. Sollten durch die Aussperrung große Summen gebraucht werden, so seien die Kollegen in allen Werkstätten bereit, größere Opfer zu bringen. Einzelne Redner machten den Vorschlag, überall, wo die 10 pBt. der Gesellen ausgesperrt werden, soll mit Arbeitsniederlegung sämmtlicher Kollegen geantwortet werden. Einstimmig wurde beschlossen, der Meisterversammlung sofort folgende Antwort zu senden:

„Zur höflichen Mittheilung, daß die Leitung des Holzarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin, Ihr Ersuchen, die Aufhebung bestehender resp. Unterlassung weiterer Bekanntmachungen von Werkstattdifferenzen zu veranlassen, der Gesamtsvertretung der Berliner Holzarbeiter (Vertrauensmänner-Versammlung) vorgelegt hat. Die Versammlung ist der einstimmigen Ansicht, daß sie nach wie vor zu jeder Zeit bereit ist, bei ausbrechenden Differenzen mit den pp. Vereinigungen in Verhandlung zu treten zur Beilegung dieser Differenzen; ferner, daß, da feste Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation die Werkstattdifferenzen auf ein geringes Maß reduzieren, der Holzarbeiterverband zum Abschluß solcher Vereinbarungen bereit ist. Andererseits ist aber auch die Versammlung der einstimmigen Ansicht, daß sie das den Arbeitern gesetzlich zustehende Recht, sich behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen (Koalitionsrecht) nach jeder Seite hin auszuüben gewillt ist, also auch entgegen Ihrem Ersuchen alle Differenzen zur Kenntniß unserer Kollegen bringen werden und sie darauf verweisen, daß während der Dauer dieser Differenzen Arbeit nicht angenommen werden kann.“

Durch den Aussperrungsbeschluß soll in erster Linie der Holzarbeiterverband vernichtet werden. Werden die Gelber des Verbandes zur Unterstützung der Ausgesperrten vorausgibt, dann kann der Verband, so rechnet man, keine Lohnbewegung führen. Die Meister können dann ganz eigenmächtig die Löhne und Aufkordpreise festsetzen. Sie sind dann „Herr im Hause“. Die Scharfmacher der Holzindustriellen können dadurch zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie treffen damit auch ihre Konkurrenz. Die kleinen Meister (die unbedingt arbeiten lassen müssen, um überhaupt bestehen zu können) kommen dadurch in eine schwierige Lage. Bei diesen kann leicht kontrolliert werden, ob sie dem Beschluß Folge leisten. Wird dann der Prozentsatz der Auszusperrenden erhöht und ergreifen die Gesellen Gegenmaßnahmen, dann können die kleinen Meister derartig geschädigt werden, daß sie kurze Zeit nachher zu Grunde gehen müssen.

Die großen Unternehmer, von denen viele mit dem Gelde des Herrn Bry arbeiten, können leicht bei solcher Zeit auch die Kundschaft der Kleinmeister mit Möbeln versehen, da sie ja genügend Waare auf Lager haben. Sie können vielleicht auch noch einen höheren Preis erzielen.

Der Aussperrungsbeschluß wurde in einer Delegirtenversammlung der Zwangsinnung gefaßt, in welcher die Vorstände der verwandten Vereine zugegen waren. Ob der Beschluß strikte durchgeführt wird, kann sehr bezweifelt werden. Haben sie doch keinen der circa 200 wegen Kontraktbruchs in der Fachzeitung bekannt gegebenen Gesellen von der Arbeit ausschließen können. Ebenso wenig haben die schwarzen Listen nur den geringsten Erfolg gehabt. Wichtig ist es, daß auch wir nicht alle Kollegen von den gesperrten Betrieben fernhalten können. Die sich jedoch als Streikbrecher hergeben, die mögen die Meister nur einstellen. Sie werden die Meister schon auf die Beine bringen.

Daß aber die Pläne des Unternehmertums zu Schanden werden, dafür werden unsere Kollegen Sorge tragen. Sie werden, wenn es erforderlich ist, hohe Extrabeiträge zahlen. Viele ledigen Kollegen reisen dann von Berlin ab. Die säumigen Kollegen wird diese Aussperrung an ihre Pflicht erinnern und die Unternehmer erreichen dann das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigt haben. L.

Ein Sachverständiger zum Zolltarif.

Bekanntlich hat die Regierung bei der Ausarbeitung des Zolltarifentwurfes namhafte Industrielle aus allen Berufskreisen als Sachverständige geladen, um so das Urtheil der direkt Beteiligten bei den einzelnen Positionen zu hören. Jetzt kommt uns unter den vielen Gutachten zu den einzelnen Positionen des Zolltarifes, die dem Reichstage nunmehr übergeben sind, auch das des Vereins deutscher Pianoforte-Fabrikanten zu Gesicht. Das Gutachten ist vom Herrn Kommerzienrath Schiedmayer verfaßt. Wir hatten schon einmal Gelegenheit, die wirtschaftspolitische Sachkenntniß dieses Herrn zu bewundern, als er im Verein der deutschen Pianoforte-Fabrikanten seine etwas krausen Ansichten zum Besten gab. Als dann unsere Berliner Kollegen im Oktober vorigen Jahres in einer gut besuchten Versammlung gegen dieses „Sachverständigen-Urtheil“ Stellung nahmen, besonders aber die in dem Gutachten enthaltene Meinung angriffen, daß gegen eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle nichts einzubringen sei, äußerte die „Berliner Musik-Instrumenten-Zeitung“, ein Organ der Unternehmer, ihr sei von einer derartigen Stellung des Herrn Kommerzienrath nichts bekannt, und sie glaube nicht, daß das Urtheil dahin laute. Wir haben der Sache keine Bedeutung beigegeben, sonst hätten wir dem verehrten Blatt den Rath gegeben, die Nr. 30 der „Zeitschrift für Musikinstrumentenbau“ einzusehen, sie hätte dort in einem Bericht über die Generalversammlung des Vereins deutscher Pianoforte-Fabrikanten die agrarische Reigung ihres Schützlings deutlich erkennen können. Denn nicht nur sprach sich der Herr Kommerzienrath für eine Erhöhung der Getreidezölle aus, sondern er bedauerte sogar, daß der gegen die agrarische Stimmung gerichtete Handelsvertragsverein in Berlin in seiner Agitation zu weit gehe.

Zunächst war der Bericht in dem offiziellen Fabrikanenorgan, der „Zeitschrift für Musikinstrumentenbau“, in diesem und jenem Punkte unklar, weshalb wir heute auf das hier zusammengefaßte Urtheil in dem schriftlichen Gutachten des Vereins deutscher Pianoforte-Fabrikanten, von dem Kommerzienrath Adolf Schiedmayer in Firma Schiedmayer und Söhne in Stuttgart, dem Vorsitzenden des Vereins unterzeichnet, zurückkommen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß wir in dem Gutachten sehr Klarheit ersehen als in dem Bericht der Generalversammlung des Vereins, im Gegentheil, gerade

wegen der erstaunlichen Unwissenheit, die aus diesem Nachwerk hervorleuchtet, erregt es unser Interesse.

Hören wir, was der Herr Kommerzienrath im Interesse des deutschen Pianohandels verlangt:

„Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir uns mit dem seitherigen Zollsatz begnügen können denjenigen Staaten gegenüber, die in ihren Zollsätzen Maß halten. Wir haben nämlich die Besorgniß, daß, wenn wir ihnen heute einen zu hohen Zollsatz vorschlagen, uns sofort die Zollverhandlungen mit England — und England spielt ja für die Klavierindustrie das hauptsächlichste Moment — sehr erschwert werden. Infolgedessen würden wir der großen Gefahr ausgesetzt sein, daß wir in England ebenfalls mit einem bedeutenden Zoll (gegen seitherige Zollfreiheit) zu rechnen hätten. Den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber liegt die Sache etwas anders. Wir haben erst in der letzten Zeit Material in die Hand bekommen, daß mit allen Mitteln versucht worden ist, mit amerikanischen Klavieren in Deutschland einzudringen; ich habe dieses Material dem Reichsamt des Innern eingeschickt. Es ist besonders das Philadelphia Commercial-Museum, das sich nach allen Richtungen hin über die deutschen Absätze orientiren will, und so hatten wir keine Bedenken, daß Amerika gegenüber in dem Zollsatz bis zu 70 gegangen würde, während anderen Ländern gegenüber an den bisherigen Zollsätzen festgehalten werden soll, soweit sie gegen uns keine hohen Zollsätze haben oder solche eintreten lassen.“

Schau, schau! Diese nichtsnutzigen Amerikaner, die ausspioniren wollen, wo und wie die Deutschen ihr Geschäft betreiben. Nicht wahr Herr Kommerzienrath, das Recht haben wir nur, unsere Reisenden in alle Welt zu schicken und im Auslande eigene Vertretungen zu unterhalten, die die Konkurrenz im fremden Land herabdrücken und billige Waare auf den Markt bringen. Aber warum dieser Haß, Herr Schiedmayer? Sollten Sie einmal nach Berlin kommen, dann versäumen Sie garnicht, das Palais Friedrichstraße 235 zu besuchen. Sie sehen dort in großen Lettern folgende Inschrift:

Niederlage von Schiedmayer und Söhne
Ma'ou & Hamlin
Amerikanische Harmonium
Vertreter: Paul Koeppe.

Also Ihr eigener Vertreter in Berlin ist der amerikanische Gefahr erlegen, und sollten Sie noch einen Nachtrag für das Reichsamt des Innern liefern, dann vergessen Sie garnicht zu erwähnen, wie schmer es ist, dem Amerikanismus im eigenen Hause zu begegnen. —

Jedoch wenn wir erst die 70 Zoll für die Amerikaner haben, dann werden wir ihnen schon die Hörentöne beibringen. Aber, Herr Sachverständiger, wissen Sie denn garnicht, daß Ländern gegenüber, mit denen wir im Meistbegünstigungsverhältnis stehen, solche differenzielle Behandlung der Zollsätze unmöglich ist? Sobald wir mit den übrigen Ländern, England, Rußland, Frankreich usw. einen niederen Zoll bei dem Abschluß von Handelsverträgen vereinbaren, treten diese Positionen ohne Umstände auch für Amerika in Kraft. Nun wäre es ungerecht, Herrn Schiedmayer diese Unwissenheit groß anzurechnen, irren kann jeder Einzelne. Aber daß die ganze Kunst der Pianoforte-Fabrikanten hinterher tritt, ist doch recht blamabel. Daß schließlich Keiner von den Mitgliedern in der Generalversammlung des Vereins aufstand und sagte: „Verzeihen Sie, Herr Kommerzienrath, Ihre Kenntniße über Handelspolitik in Ehren, aber Sie schlagen da auf eine taube Saite“ — stellt Ihren Kollegen ein Zeugniß so pyramidalen Unwissenheit aus, daß Sie nach jeder Richtung entschuldigt sind.

Das kommt nun natürlich daher, daß der ganze Scharfsinn aller Denker im „Verein deutscher Pianoforte-Fabrikanten“ darauf gerichtet ist, wie können wir für niedrige Löhne mehr Arbeit bekommen und wie sind die schwarzen Listen am besten durchzuführen. Gegenüber allen anderen Fragen schweigt des Künstlers kühne Meinung.

Dennoch wissen wir einen Weg, um zum Ziele des Vereins der Pianoforte-Fabrikanten zu kommen. Die differenzielle Behandlung Nordamerikas ist möglich, wenn Deutschland den Meistbegünstigungsvertrag kündigt. Die Folge ist natürlich der Zollkrieg, den die Pianoforte-Industrie sehr unangenehm im Jahre 1892-93 zu spüren bekam, als mit Rußland der Konflikt hereinbrach. Wenn eine Industrie die Herbeiführung eines solchen Konflikts vollkommen unbedeutend erhebt, dann die Pianoindustrie. Die Einfuhr an Pianos und Harmoniums betrug im Jahre 1900 173 000 Tonnen, während unsere Ausfuhr 12 604 000 Tonnen erreichte. Einer solchen geringen Einfuhr gegenüber ist die Konkurrenz nicht in Gefahr. Ist auch für die Pianoausfuhr Amerika heute für uns so gut wie verloren, so haben wir doch nach diesem Lande noch eine starke Ausfuhr von mechanischen und anderen Instrumenten. Amerika nahm im Jahre 1900 davon 693 000 Tonnen im Werthe von 2 571 000 auf. Der Zollkrieg würde sofort diese Ausfuhr aufheben und damit hätten die schlauen Pianoforte-Fabrikanten einem anderen Zweig der Musikinstrumentenindustrie einen empfindlichen Schaden zugefügt. Es ist ein Beweis für den Tiefstand der Interessententriebe, daß gegen eine solche Begünstigung

des Zolltarifes nicht die helle Entrüstung in Fabrikantenkreisen selbst losbricht.

Während nun aber die Petition die amerikanische Konkurrenz vernichten will, erhebt sie ganz ungenirt das Verlangen, Oesterreich möge seine Zollsätze herabsetzen, damit die deutsche Konkurrenz sich noch mehr breitmachen kann, als es so schon geschieht.

Es giebt kaum eine Industrie, für die die Verhältnisse so klar liegen in Betreff ihrer Stellung zum Zolltarif, als bei der Musikinstrumentenindustrie. Wir haben für langfristige Handelsverträge zu wirken und von der Regierung zu verlangen, daß sie Alles ansetzt, bei den Vertragsverhandlungen die höheren Zollsätze des Auslandes, die unsere Industrie schädigen, herabzusetzen. Repressalien gegenüber Nordamerika anzuwenden, schiebt uns in die schwächere Position, weil wir gegen Amerika keine überlegenen Kampfmittel anwenden können.

Wie flüchtig die Petition der Pianofabrikanten ausgearbeitet ist, bezeugt folgender Passus:

„Ungefähr zwei Drittel der Erzeugnisse der deutschen Klavierindustrie werden aus Deutschland ausgeführt. Nach dem Ergebnis der Produktionserhebungen vom Jahre 1898 beträgt der Gesamtabsatz in's Ausland 47,4 pZt.“

Da die Ausfuhr von 1898 bis 1901 nicht so erheblich gestiegen ist, kann man doch im günstigsten Fall nur von einem Absatz nach dem Auslande reden, der die Hälfte der Produktion ausmacht und nicht von zwei Drittel! Es sei denn, man hält die Zahlen der Produktionserhebungen für unrichtig, davon sagt aber das Gutachten nichts. Das Gutachten soll doch schließlich bei verständigen Leuten einen Eindruck machen, wenn man aber schon beim flüchtigen Lesen solchen Fehlern begegnet, was soll man da erst von den anderen Behauptungen halten!

Wie schon bemerkt, stellt sich das Gutachten auch nicht ablehnend zu einer Erhöhung der Zölle.

Es heißt darüber:

„Einen wesentlichen Punkt für die gesammte Industrie erblicken wir noch in der so bedeutenden Zollerrhöhung für die nothwendigsten Lebensmittel; es würde dadurch die Lebenshaltung sämmtlicher Industriearbeiter in ungeheurer nachtheiliger Weise beeinflusst. Schon mit Rücksicht auf die gesteigerte Konkurrenz, den immer schwieriger werdenden Kampf auf dem Weltmarkt und die fortgesetzt steigende Belastung durch die soziale Gesetzgebung, wozu die Novelle zum Invalidenversicherungs- und zum Unfallversicherungs-gesetz noch wesentlich beitragen, wobei der Unternnehmergewinn immer mehr zurückgeht, sind weitere Lohnerhöhungen seitens der Arbeitgeber für die Industriearbeiter unmöglich. Wir stehen übrigens prinzipiell einer mäßigen Erhöhung der Getreidezölle nicht entgegen, wenn dadurch der Abschluß langfristiger Handelsverträge erleichtert wird.“

Der Nachsatz hebt den Bordersatz vollkommen auf, er wäre nur verständlich und logisch, wenn weiter gesagt würde: Wir glauben, daß unsere Vereinigung stark genug ist, um bei gesteigerten Lebensmittelpreisen den Versuch der Arbeiter, ihre Lebenshaltung auf der bisherigen Höhe zu erhalten, niederzudrücken zu können. Diese Grundzüge des „Vereins deutscher Pianoforte-Fabrikanten“ sind uns bekannt und es giebt wohl keine Unternehmerorganisation, die mit größerer Rücksichtslosigkeit dieses Ziel verfolgt, als dieser Verein. Haben wir doch die Thatfache zu verzeichnen, daß nach rechnerischen Ergebnissen der Berufsgenossenschaft der jährliche Durchschnittslohn der Musikinstrumentenarbeiter von 717 im Jahre 1893 auf 684 im Jahre 1899 sank. Mitten in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, des glänzenden Geschäftsganges der Musikinstrumentenindustrie und auch der guten Gewinne des Unternehmertums, sinken die Löhne der Arbeiter. Man sucht vergeblich einen Beruf, der in der Epoche des wirtschaftlichen Aufschwungs ein gleich elendes Ergebnis für die Arbeiterklasse zeitigte.

Nein, die Arbeiterschaft hat von diesem Unternehmertum auch bei guten Zeiten keine Lohnerhöhung zu erwarten, die Arbeiterschaft hat sich die bessere Position zu erkämpfen, und ihre elenden Lohnverhältnisse sind in diesem Falle die Strafe für ihre Unschlüssigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation.

Darüber sind sich nun aber die müthendsten Agrarier einig, daß der Abschluß von Handelsverträgen nicht durch erhöhte Getreidezölle erleichtert wird. Herr Schiedmayer glaubt aber, das Gegentheil könnte eintreten; so weit ist bisher noch kein ostpreussischer Junker gegangen, als hier der Vertreter einer großen Exportindustrie. Bessere Sachverständige konnte sich das Reichsamt des Innern nicht wählen, aber kläglicher ist auch wohl kaum ein Gutachten ausgefallen, als das für die Pianoforte-Industrie.

Der Vorgang beweist nur, wie Recht wir hatten, als wir verlangten, man solle auch die Arbeiter aus den einzelnen Industriezweigen gutachtlich hören und nicht nur Vertreter engherziger kapitalistischer Interessen, die einseitig, und wie das Beispiel zeigt, unklar einen Standpunkt einnehmen, der weder der Industrie noch der Arbeiterschaft zum Vortheile gereicht.

Die Breslauer Tischler im Abwehrkampf.

Am 6. Januar hatten sich wohl an 1000 Holzarbeiter zu einer öffentlichen Versammlung eingefunden, deren Tagesordnung lautete: „Der Lohnkampf im Erl.-Möbel-fach“.

Die heute im Gewerkschaftshause tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von der elenden Lage im Erlensmöbelfach.

Zu Punkt 2 referierte Kollege Brosig. Er bezog sich zunächst auf den wirtschaftlichen Niedergang und leitete davon die Forderung der Arbeitgeber, die Löhne zu kürzen und sonstiger Maßnahmen, ab.

Die von 1000 Personen besuchte öffentliche Holzarbeiter-Versammlung erklärt die Maßnahmen in der Kunsttischlerei von Martin Kimmel für verwerflich.

Sindiman.

Musteranstalten sollen die Staatswerkstätten sein — es sind nur Musteranstalten für jene Arbeitgeber, die den Arbeitern gegenüber mit Vorliebe den Herrenstandpunkt herauskehren.

Zunächst sei bemerkt, daß die Schmiede- und Schlosserwerkstatt, auf die sich die Liste bezieht, zirka 400 Arbeiter zählt.

erhalten wir einige Aufklärung, wenn wir in Stichproben, die auf genauen Erkundigungen unter den nicht persönlich an der Sache beteiligten Arbeitern der Werkstatte beruhen, eine Nachprüfung der „Bemerkungen“ anstellen.

Von anderen Staatsbetrieben war es bisher schon bekannt, daß sie vor den arbeitserfindlichen Maßnahmen, ja sogar vor Anwendung von schwarzen Listen nicht zurückschrecken, daß man aber so weit gehen würde, wie die kaiserliche Werkstatte in Kiel, konnte man bisher jedenfalls nicht annehmen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Gemäß den statutarischen Bestimmungen und dem Beschlusse des Verbandstages in Nürnberg berufen wir hiermit den

Vierten ordentlichen Verbandstag auf Sonntag, den 4. Mai 1902, nach Mainz

ein. Am 4. Mai findet Abends die konstituierende Vorversammlung statt, während am 5. Mai die Hauptverhandlungen beginnen werden.

Die näheren Bestimmungen bezüglich der Wahl der Delegierten (mit denen zugleich die Delegiertenwahl zum Gewerkschafts-Kongress verbunden sein wird) werden den Zahlstellen-Verwaltungen baldmöglichst mittels Zirkulars bekannt gegeben.

Neben der Vorbereitung der Delegiertenwahlen wollen die Zahlstellen sich nun auch mit der Beratung etwaiger Anträge für den Verbandstag beschäftigen.

Wir ersuchen deshalb, alle Anträge — nicht inmitten sonstiger Mitteilungen, sondern auf einem besonderen Papierbogen — bis zum 4. März an uns einzuliefern, damit sie rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

In den nächsten Tagen wird an alle Zahlstellen das Zirkular, betreffend die Delegiertenwahlen, versandt werden.

Der Zahlstelle Cotta wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 19. Januar 1902 einen Lokalbeitrag von 5 M pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Nach § 23 des Statuts hat im Januar in allen Zahlstellen die Neuwahl der Lokalverwaltung stattzufinden.

Die Befähigung der neugewählten Lokalverwaltung ist als erfolgt zu betrachten, wenn seitens des Vorstandes innerhalb 14 Tage nach der Anzeige bei demselben gegen die Wahl kein Einwand erhoben wird.

Stuttgart, den 11. Januar 1902. Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

13. Gau. Vorort Braunschweig.

Nachdem die Vorortzahlstelle Braunschweig am 19. Januar die Wahl des Gauvorstandes vollzogen hatte, nahm selbiger seine umfangreiche Tätigkeit für das laufende Jahr auf.

Zur Erledigung seiner Geschäfte waren 25 Vorstandssitzungen notwendig. Im brieflichen Verkehr waren ein-

gegangen 208 Briefe und Karten, 2 Telegramme, sowie 15 Druckfächer. Der Ausgang dagegen war 255 Briefe und Karten, 35 Druckfächer, sowie 3 Geldsendungen.

Table with 2 columns: Item, Amount. Includes Einnahme (7.35), Ausgabe (249.20), and Summa (650.85).

Agitationsversammlungen, wozu der Gauvorstand Mesferenten stellte, fanden 35 statt, und zwar je eine in Blankenburg, Clausthal, Osterode, Luedlinburg; je zwei in Braunschweig, Goslar, Halberstadt, Helmstedt, Lauterberg, Osterode, Seesen und Badenhausen; je drei in Bernigero-

Mehr als in den Vorjahren hat sich der Gauvorstand mit den Kassenrevisionen in den Zahlstellen befaßt. Auch hierdurch sammelten wir manche Erfahrung und versuchten, auch in dieser Beziehung unsere Aufgaben zu erfüllen.

Durch Versendung eines Rundschreibens, worin die Aufforderung an die Zahlstellen erging, mittels der Broschüre „Auf der Walze“ eine Hausagitation zu entfalten, veranlaßte eine Anzahl Zahlstellen, in unserem Sinne mit Erfolg zu wirken.

Um eine bessere Uebersicht über die Verhältnisse im Gau zu gewinnen, dazu mag folgende tabellarische Zusammenstellung dienen:

Table with 14 columns: Name der Zahlstellen, Organisationsstand, Veränderungen der Mitgliederzahl, Durchschn. monatliche Arbeitseinst., etc. Lists 14 locations and their statistics.

Hieraus ist ersichtlich, daß in dem Berichtsjahre im Gau 601 Mitglieder aufgenommen wurden. Allerdings ist eine ganze Anzahl Mitglieder abgereist und ausgetreten.

jahr zurückzuführen und konnten diesbezüglich nur die Zahlen vom ersten Halbjahr benutzt werden.

Die Lohnbewegungen in diesem Jahre waren infolge der eingetretenen Krise und dank der einsichtigen Kollegen zurückhaltend. In Goslar kam es infolge einer Denunziation zur Maßregelung einiger Kollegen, in einer Stuhlfabrik zur Einstellung der Arbeit. Ganz rühmend bewährten sich dort zwei Nachfolger, die es nicht verschmähten, trotzdem sie eine führende Rolle in der Arbeiterbewegung einnehmen wollten, in der gesperrten Fabrik weiter zu arbeiten.

Im Herbst plant die bei Zimmungsmeistern beschäftigten Kollegen in eine Lohnbewegung einzutreten. In der Vorbereitungsphase wurde durch unser Urat die Lohnbewegung aufgeschoben, weil die dortigen Bauhandwerker in eine schon beschlossene Lohnbewegung eintreten wollten, welche nach unserer Ansicht von längerer Zeitdauer sein konnte, und diesbezüglich es den Tischlermeistern wohl ganz angenehm sei, wenn unsere Kollegen in eine aussichtslose Lohnbewegung eintreten würden.

Unsere neugegründete Zahlstelle Garzburg kam durch die bedrückte Lage unserer Kollegen zur Welt. Die Kollegen hatten, ohne organisiert zu sein, sich an die dortigen Meister mit Forderungen, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit (bisher elf und zwölf Stunden) und Abschaffung von Stoff und Logis beim Meister, gewandt. Nachdem uns dieses zur Kenntnis gelangte, haben wir durch unser Eingreifen versucht, die gestellten Forderungen bei den Arbeitgebern zu vertreten. Allerdings waren vorher sämtliche Kollegen in den Verband aufgenommen. Da nun die Kollegen die Lohnbewegung nicht genügend vorbereitet hatten und zugleich auch nicht eher Mitglieder des Verbandes geworden waren und diesbezüglich keine Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten konnten, mußte auch diese Lohnbewegung mit Erbringung einiger Vorbehalte bis auf eine günstigere Zeit vertagt werden.

Aufgefallen ist uns in mehreren Zahlstellen, daß in den Mitgliederversammlungen von Solidarität, Bildungsdrang und allgemeinem Verkehr herzlich wenig zu finden ist. Statt sich mit wirklichen Interessen der Kollegen zu beschäftigen, werden die Versammlungen zur Austragung von persönlichen Zwistigkeiten benutzt, wodurch unsere Ziele ganz vernachlässigt werden. Ganz besonders möchten wir an die älteren und befähigten Kollegen den Appell richten, bei den stattfindenden Wahlen zur Ortsverwaltung sich nicht in die Ecke zu verziehen und ihre Pflicht, Mitglied der Ortsverwaltung zu werden, erfüllen. Denn mit Beitrag zahlen ist unser idealer Kampf nicht allein geführt. Ein jeder Kollege werde zum Agitator! Und mit dem Wunsche, daß das neue Jahr an Erfolg nicht zurückbleiben möge in dem Kampfe um die Befreiung der arbeitenden Klasse aus der Lohnsklaverei, schließen wir unseren Bericht.

Braunschweig, im Januar 1902.

Der Gauvorstand.

J. A.: Alfred Bartels, Kreuzstr. 115.

8. Gau. Vorort Dresden.

Wie den Ortsverwaltungen bereits durch Zirkular bekannt gegeben, findet der nächste Gautag am Sonntag, den 23. Februar 1902, in Dresden, Albrechtstraße 41, Restaurant „Gewerkschaftshaus“, statt. Eröffnung Vormittags 11 Uhr.

Die Tagesordnung ist wie folgt angelegt: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Situationsberichte der Delegierten. 3. Der bevorstehende Verbandstag und die Aufgaben desselben. 4. Anträge. 5. Verbandsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden nunmehr ersucht, soweit noch nicht geschehen, in den Versammlungen hierzu Stellung zu nehmen. Anträge, welche bis zum 1. Februar eingehen, werden allen Zahlstellen zur Diskussion überandt.

Der Gauvorstand.

J. A.: Ernst Hanke, Dresden, Albrechtstr. 41, 1. Et.

10. Gau. Vorort Elberfeld.

Halbjahresbericht.

Im Nachstehenden übergeben wir in gedrängter Kürze den Bericht vom zweiten Halbjahr 1901. Die dem Gau unterstehenden Zahlstellen erhalten den Jahresbericht in ausführlicherer Weise ausgefüllt, sobald dessen Drucklegung erfolgt ist, zugestellt.

Als erfreulich kann diesmal bezeichnet werden, daß die dem Halbjahresbericht zu Grunde liegenden Fragebogen von sämtlichen 45 Zahlstellen des Gaus retourniert wurden. Wenn auch die Art der Ausfüllung noch Mängel aufweist, so hat jedoch gegen früher eine Wandlung zum Besseren Platz gegriffen, und dürfen wir wohl der Annahme Raum geben, daß die erwähnten Mängel mehr und mehr verschwinden.

Aus dem Resultat der Fragebogen geht hervor, daß die Mitgliederzahl im verflohenen Halbjahr um 68 gestiegen ist. In diese Zunahme auch nicht gerade als eine sehr erfreuliche zu bezeichnen, so liegt jedoch auch andererseits kein Anlaß vor, etwa pessimistischen Anschauungen Raum zu geben. Die ungesicherte Arbeitslosigkeit im hiesigen Industriegebiet, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Krise, dürfte wohl eine Entschädigung für eine nicht größere Ausdehnung des Mitgliederbestandes rechtfertigen. Es ist als Tatsache zu bezeichnen, daß im letzten Halbjahr 522 Kollegen für die Organisation gewonnen wurden, als zu vergleichen sind zu bezeichnen 744. Demgegenüber sind 1016 wieder abgetrennt und 242 Kollegen mußten infolge ihres Rücktritts mit Beiträgen wieder getrennt werden oder traten freiwillig aus der Organisation aus. Ohne Zweifel würde manches Mitglied der Organisation erhalten geblieben sein, wenn diesem nicht die schlechten Arbeitsverhältnisse die Möglichkeit genommen, seiner Beitragsleistung gerecht zu werden. Andererseits jedoch muß auch den an der Leitung stehenden Kollegen Vorstehendes Bedauern sein, mehr und mehr die gangbaren Wege einzuschlagen, welche die Möglichkeit bieten, die gewonnenen Mitglieder für die Organisation zu erhalten.

Nur sind es erst 28 Zahlstellen, welche diesbezügliche Fürsorge getroffen haben, dahingegen entbehren noch 17 Orte jeglicher Einrichtung von Bezirks- oder Werkstattkassieren. Auch der Art der Agitationsentfaltung in der Werbung von Mitgliedern muß mehr als bisher Beachtung geschenkt werden, mögen die es angehenden Zahlstellenverwaltungen es als ihre Aufgabe betrachten, die im Jahresbericht bezeichneten Wege zu beschreiten.

Daß uns im Berichtsjahre nicht die Möglichkeit gegeben, Angriffskreise zu initiieren, dürfte im Hinblick auf die schlechte Konjunktur sehr nahe liegend sein, füglich wir uns nur auf die Abwehr der Verschlechterung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschränken mußten, und auch nur da, wo den gegebenen Verhältnissen zufolge auch auf einen Erfolg gerechnet werden konnte. Die von dem Unternehmertum provozierten Werkstattdifferenzen, durch Maßregelung einzelner Kollegen, Reduzierung der Akkordreise oder sonstiger Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse, zeitigten einen zufriedenstellenden Erfolg für uns, so in Düsseldorf, Köln, Gevelsberg, Ohligs und mehr oder weniger in noch einer Anzahl anderer Orte. Wie sehr dieses Unternehmertum bestrebt war, die Folgen der auch zum Teil von ihnen mit verschuldeten Krise von sich ab und auf die Schultern der Arbeiter aufzuwälzen, dafür mögen nachstehende Tatsachen sprechen. In Dortmund, Ehrenfeld, Duisburg, Mülheim a. Rh., Gerne, Köln usw. reduzierten besonders die größeren Geschäfte die Arbeitszeit bis teilweise herunter auf acht Stunden täglich mit selbstverständlichem entsprechenden Ausfall des Lohnes. Aber auch ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit versuchten in einer Reihe von Orten verschiedene Unternehmer mit mehr oder weniger Erfolg, die Lohnpreise zu kürzen, unter Anderen in Köln die Firma Wiemeher (Stoßfabrik) teilweise bis zu 50 pSt. Die Firma Sommer in Bonn um 5 pSt. In Mülheim a. Rh. Felten & Guillaume um 10 bis 15 pSt. Ferner in Düsseldorf die Firma „Rheinische Holzindustrie“, vorm. Westheider, in erheblicher Weise, abgesehen von den beständigen Akkordpreiserhöhungen in den verschiedensten Orten. Aber auch mit anderen Faktoren, die indirekt hemmend auf die Lebenshaltung der Kollegen einwirkten und direkt ihren Einfluß auf die Ausbreitung unserer Organisation geltend machen, haben wir nach wie vor in unseren schwarzen Bezirken zu rechnen.

Was die Geschickten und Geschorenen in der Verblödung der Massen nicht zu Wege bringen, um diese von einem freien und gründlichen Denken über ihre Existenzverhältnisse abzuhalten, das besorgen mit schneidiger Logik die Polizeiverwaltungen. Abgesehen von der direkten und indirekten Beeinflussung der Lokalinhaber, um uns ihre Lokalitäten zu Versammlungszwecken zu verweigern, und abgesehen von der Verhängung der Schankperre, die besonders im Ruhrgebiet anzudrohen beliebt wird, verbietet man in einem Falle in offener Weise das Tragen der Mitgliederversammlungen, ohne irgend welche Angaben, wonach eine solche Handlung mit dem Vereins- und Versammlungsgesetz in Einklang zu bringen wäre. Wird eine diesbezügliche Auskunft gewünscht, so befördert man einfach den lästigen Frager an die frische Luft, wo er dann über das den Arbeitern im § 152 der Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht grübeln und Betrachtungen über seine bei der Herausbeförderung zerrissenen Kleider anstellen mag. So geschah am 21. Dezember 1901 in Gerne. In Oberhausen, Wanne, Siegburg, Ruhrort, teilweise in Aachen, Gelsenkirchen, Bochum, Mülheim a. Rh. u. a. m. werden uns die denkbar größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt, um der Vertiefung und Erweiterung unserer Ideen Einhalt zu thun. Dessen ungeachtet haben wir es an einer rührigen Agitation nicht fehlen lassen, und können auch zur Genugthuung konstatieren, daß es uns trotzdem geglückt ist, wieder in einigen neuen Orten festen Fuß zu fassen für die Organisation. So war es möglich, neue Zahlstellen zu gründen in Ensfirchen, Steele und auch wieder die im ersten Halbjahr infolge der Krise eingegangene Zahlstelle Castrop neu zu errichten. Auch in Bezug auf Referenten zu den Versammlungen machte sich ein recht erfreuliches Bestreben seitens der Zahlstellen bemerkbar. Mit Unterstützung des Gauvorstandes und auf Kosten der Gautasse wurden zu 60 Versammlungen Referenten gestellt, und zwar tagten solche Versammlungen je eine in Bonn, Dortmund, Ensfirchen, Haan, Hagen, Gerne, Herde, Kall, Mülheim a. d. R., Reuf, Ohligs, Ruhrort, Soest, Wanne und Bitten. Je zwei in Barmen, Bochum, Duisburg, Elberfeld, Gelsenkirchen, Gevelsberg, Hieslohn, Krefeld, Lüdenscheid, Mülheim a. Rh., M.-Glabbach, Ratingen, Reimscheid, Schwelm, Siegen, Unna und Steele. Je drei in Essen und Köln und fünf in Düsseldorf. Von diesen Versammlungen wurden die Referententafeln zu 45 aus der Gautasse bestritten, acht Versammlungen, zu welchen es uns geglückt, den Kollegen Klotz zu gewinnen, und zwar für die Orte Bonn, Mülheim a. Rh., Haan, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Essen und Elberfeld, verurachteten der Gautasse keine Ausgaben. Selbst bezahlt haben je einen Vortrag die Zahlstellen Gelsenkirchen, Gevelsberg und Reuf, sowie Düsseldorf zwei. Außerdem wurden zwei Vorträge in der Zahlstelle Barmen gratis gehalten.

War es dem Gauvorstande möglich, durch eine Anzahl von Versammlungen in persönlichen Verkehr mit den Kollegen in den verschiedensten Orten zu kommen, so erweiterte sich dieser Verkehr noch dadurch, daß Ersterer behufs Kassensituationen, Fertigtstellen und Ergänzungen der Quartalsrechnungen Beihilfe leistete den Zahlstellen Reimscheid, Pleizenberg, Siegen, Ensfirchen und Gevelsberg. Bei Lohn-differenzen wurde der Gauvorstand in Anspruch genommen von den Kollegen in Ohligs einmal, Gevelsberg und Düsseldorf je zweimal. Behufs Untersuchung und Schlichtung von Streitigkeiten der Kollegen unter sich, resp. mit der Behörde, von den Zahlstellen Ratingen und Gerne je einmal. Zwecks Gründung von Zahlstellen wurden die Orte Emmerich, Steele und Castrop besucht, und bezüglich der Besprechung der örtlichen Organisations- und Agitationsverhältnisse trat der Gauvorstand in Beratung mit den Kollegen in Oberhausen, Düren, Wald, Barmelskirchen und Pleizenberg je einmal und zweimal in Aachen. Der schriftliche Verkehr belief sich auf 216 Eingänge, demgegenüber steht ein Ausgang von 432 Korrespondenzen. Beiträge an die Gautasse leisteten, entsprechend dem vorjährigen Konferenzbeschlusse, außer Ratingen, Solingen und Wald, sämtliche Zahlstellen bis einschließlich des dritten Quartals, Haan und Hagen

noch für das vierte Quartal. Der Zahlstelle Ratingen wurden die Beiträge gestundet. Eine abweichende Regel machte die Zahlstelle Köln, indem diese nur die Hälfte der pflichtgemäßen Beiträge entrichtete.

Die Abrechnung gefalst sich folgendermaßen:

Table with financial data: Kassenbestand vom vorigen Halbjahr, Beiträge aus der Hauptkasse, Beiträge der Zahlstellen, Ausgabe: Diäten und Fahrgebelde für Referenten, Drucksachen und Inzerate, Porto und Schreibmaterial, Persönliche Verwaltungskosten, Sonstige Ausgaben: Mische, Heizung, Reinigung des Bureau usw., Gesamtausgabe, Kassenbestand für das nächste Halbjahr, Summa.

Vorstehende Abrechnung nebst Belegen geprüft und für richtig befunden, bescheinigen die Revisoren der Zahlstelle Elberfeld:

Rudolf Voller, Gustav Krumbach, Wilhelm Schulz.

Die diesjährige Konferenz findet statt am Sonntag, den 16. Februar, im „Volkshaus“ zu Elberfeld, und beginnt Morgens pünktlich um 11 Uhr. Die Zahlstellen wollen nun ihre Stellungnahme und die Delegiertenwahlen zur Konferenz betätigen.

Jede Zahlstelle bis zu 150 Mitgliedern wählt einen Delegierten, für jedes weitere Einundehnhundert einen zweiten, jedoch nicht mehr denn vier. Diejenigen Delegierten, deren Zahlstellen keine 20 Mitglieder aufweisen und deren Lokalkassenverhältnisse ungünstig sind, erhalten auf Antrag die Reisekosten vergütet. Behufs Legitimation auf der Konferenz haben sich die Delegierten von ihrer Ortsverwaltung ein Mandat ausstellen zu lassen.

Dieselben wollen bis spätestens zum 10. Februar ihre Wahl beim Gauvorstand anmelden, damit für Speisen und sonstige eventuelle Wünsche Sorge getragen werden kann. Als Erkennungszeichen werden die am Hauptbahnhof „Döppersberg“ anwesenden Kollegen den Kopf der „Holzarbeiter-Zeitung“ sichtbar tragen. Die Delegierten wollen demzufolge nur auf barbenanntem Bahnhof aussteigen. Eine Teilnahme der Einzelmitglieder im Gau an der Konferenz wäre sehr erwünscht und würden eventuell die Reisekosten aus der Gautasse vergütet.

Der Gauvorstand bringt folgende Tagesordnung zur Konferenz in Vorschlag:

- 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Stellungnahme zur Arbeitslosen-Unterstützung. 3. Beschlussfassung über die gestellten Anträge. 4. Verschiedenes und allgemeine Anträge. Elberfeld, im Januar 1902.

Der Gauvorstand.

J. A.: Aug. Hartung, Schusterstr. 38a.

21. Gau. Vorort Nürnberg.

Bericht und Abrechnung für das zweite Halbjahr 1901.

Der wirtschaftliche Niedergang machte es notwendig, mehr denn je, mit den Kollegen in Verbindung zu bleiben, trotzdem konnte von einem Aufschwung der Organisation im zweiten Halbjahre keine Rede sein. In Nürnberg wurde ein Flugblatt an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kamms-, Pinsel- und Bleistiftbranche verbreitet; der erwünschte Erfolg wurde damit leider nicht erzielt. Neben diesem Flugblatt wurden mit Hilfe der Orts- und den Sektionsverwaltungen, Werkstätten- und Fabrikversammlungen in allen Bezirken abgehalten. Auch hier zeigte sich eine große Gleichgültigkeit der Kollegen und Kolleginnen. Besonders in der Bleistiftbranche herrscht eine große Rauheit der Organisation gegenüber. Dort besteht aber noch die längste Arbeitszeit und wird der schlechteste Lohn bezahlt. Löhne von sage und schreibe 10-15 für einen Arbeiter in Nürnberg, während die Fabrikanten Millionäre sind, die Aktiengesellschaften 8 bis 15 pSt. Dividende verteilen, das sollte doch den Anlaß geben, daß hier nur mit Hilfe der Organisation eine Besserung geschaffen werden kann. Die Herren Faber und Schwanhäuser treten von ihren „bedienten“ Millionen freiwillig nichts ab, hier ist der Einzelne machtlos, da müssen sämtliche Arbeiter einig sein. Auch ein Teil unserer Schreinerkollegen glauben ihr Heil in dem Eldorado der Maschinenbau-Aktiengesellschaft gefunden zu haben; sobald sie dort in Arbeit sind, existiert für sie die Organisation nicht mehr. Wenn dort Entlassungen bis jetzt noch nicht in größerem Maße vorgekommen sind und ebenso die volle Arbeitszeit noch besteht, so ist das ein Beweis dafür, daß Arbeit vorhanden ist und auch im bayerischen Landtag wurde dafür gejorgt, daß die Firma weitere Aufträge erhielt; aber sobald sich die Arbeiter rühren, heißt es, dies sind nur Notstandsarbeiten, die müssen zu billigeren Preisen angenommen werden, wer nicht zufrieden ist, kann ja gehen. Die Arbeiter begreifen eben noch nicht, daß sie die Steuern dazu aufbringen müssen, dafür aber schlecht bezahlt werden und zu einer den jetzigen Verhältnissen nicht angepaßten langen Arbeitszeit frohden müssen. Im Allgemeinen liegt die Schreinererei in Nürnberg sehr darnieder; in den Werkstätten, in denen früher 15-20 Mann gestanden, sind gegenwärtig 3-4 Mann beschäftigt. Daß die Kollegen darunter sehr zu leiden haben, ist selbstverständlich, aber nicht verständlich ist, daß die Gegner der Zwangsinnung, die jetzt in der Innung zur Herrschaft gelangt sind, ihren Arbeitern im Winter den Lohn kürzen (das sogenannte Lichtgeld abziehen) und damit der Konkurrenz steuern wollen. Die Herren wissen eben, daß gegenwärtig ihr Weizen blüht, wir werden aber bei geeigneter Zeit den Abzug mit Zinseszinsen zurückfordern.

Wie in Nürnberg, so liegen die Verhältnisse in ganz Nordbayern; die Klagen der Kollegen mehren sich von Tag zu Tag, aber gerade jetzt sollten die Kollegen Vertrauen zu einander haben und als Kassenbetreuer die Organisation hoch halten. Leider tritt in manchen Orten das Gegenteil ein und die Folge ist, daß dann, wenn die Zeit kommt, um an eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu denken, erst mit dem Neuorganisieren begonnen werden

muß. Das muß anders werden, wenn die Organisation ihren Zweck erfüllen soll. Gerade jetzt, während der Krise, muß die Organisation ausgebaut werden, um Verschlechterungen hinzuhalten.

In Fürth ist es hauptsächlich die Spiegelindustrie, welche den Kollegen seit Jahren schon zu schaffen macht. Die fortwährenden Lohnreduktionen haben den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern zur stehenden Einrichtung gemacht. Säufig ist aber auch die Affordschusterei der Kollegen daran schuld, die den Unternehmern Anlaß zu weiteren Reduktionen giebt. Die Massenproduktion und die ausgedehnte Theilarbeit ermüdet es den Kollegen, bei intensiver Arbeit immer etwas mehr zu verdienen. Man kennt aber die Absicht der Unternehmer, die darauf hinausgeht, die einzelnen Sparten auf das gleiche Niveau der schon jetzt schlecht bezahlten Arbeiter herabzubringen. Daß die Sorgfalt, welche einer Arbeit zugewendet werden muß, welche markt-fähig sein soll, bei solcher schlechten Lohnzahlung aufhört, scheinen die Herren nicht einsehen zu können. Willig ist ihre Parole, aber die Qualität der Waare ist auch darnach.

Die Zahlstelle Wahrenth ist ein Schmerzenskind unseres Gaus. Bei der Firma Faust & Fröhlich befinden sich die Kollegen beständig in Differenzen. Die Inhaber fühlen sich anscheinend garnicht wohl, wenn bei ihnen eine Zeit lang Ruhe herrscht. Auch jetzt soll eine 10-15 prozentige Lohnreduktion eintreten. Die Preise sind ohnehin so gedrückt, daß die Kollegen darauf nicht eingehen können.

In Bad Rissingen bei der gleichen Möbelfabrikation wie in Wahrenth klagen die Kollegen über schlechte Preise. Dort kommt noch dazu, daß die theueren Miethe- und Lebensmittelpreise eines Kurortes die Lebenshaltung unserer Kollegen sehr ungünstig beeinflussen. Statt eines Fortschritzes ist dort ein Rückschritt zu verzeichnen.

In Würzburg haben die Kollegen den Zorn der Unternehmer verspüren müssen; weil sie den Herren nicht zu Willen waren, wurde jeden Samstag um Mittag schon Feierabend gemacht. In gegenwärtiger Zeit ist eine Verkürzung der Arbeitszeit einer Verlängerung derselben aber unbedingt vorzuziehen.

In Bamberg konnte die Firma Müller den Ausgang der letzten Bewegung nicht vermeiden. Die Kollegen klagten über schlechte Behandlung, so daß sie gezwungen waren, die Sperre über das Geschäft aufrecht zu erhalten; jedoch scheint jetzt eine Besserung wieder eingetreten zu sein.

In Schwabach wollte sich der Schreinermeister S. damit, wie wir hörten, einen Piepmatz in das leere Knopfloch verdienen, daß er einen organisierten Kollegen entließ, um einem Indifferenten Platz zu machen. Die Kollegen werden sich des Vorkommnisses erinnern, wenn der Herr wieder mehr Arbeitskräfte braucht. Die reisenden Kollegen machen wir darauf aufmerksam.

In Erlangen will die Firma Wachen, Kammfabrik, die Scharten des letzten Streiks dadurch ausweken, daß sie von den Arbeitern verlangt, sie müßten billiger arbeiten; außerdem sollen auch noch Entlassungen vorgenommen werden. Die Firmeneinhaber lassen sich davon nicht überzeugen, daß durch noch so billige Arbeit die Konkurrenz nicht aus dem Felde geschlagen werden kann, sondern das Gegenteil eintritt. Der andere Fabrikant reduziert ebenfalls die Preise und es ist eine Schraube ohne Ende. Die Herren haben mit ihren billigen Waarenpreisen nur den Kaufleuten in die Taschen gearbeitet, vorausgesetzt, daß sie nicht selbst exportieren. In den übrigen elf Zahlstellen unseres Gaus zeigt sich überall dasselbe Bild. In 15 Zahlstellen wurden 26 Versammlungen abgehalten, in den fünf übrigen konnten keine stattfinden. Neugegründet wurde die Zahlstelle Pappenheim. Revisionen fanden in Rothenburg und Rissingen statt. Bei Streiks und anderen Differenzen mußten wir in Fürth, Bamberg, Schwabach, Wahrenth, Würzburg und Erlangen eingreifen.

Die Korrespondenz belief sich auf 80 Eingänge von Briefschaften, 1 Telegramm und 92 Ausgänge.

Die Abrechnung stellt sich wie folgt:

Table with financial data: Einnahme, Ausgaben, Kassenbestand, etc. Total sum 414,28.

Vorstehende Abrechnung geprüft und richtig befunden bescheinigen die Revisoren der Zahlstelle Nürnberg: A. Meßger, K. Hüßler, F. Ebner. Nürnberg, den 8. Januar 1902. Der Gauvorstand. S. A.: L. Stein, Margthorgraben 3a.

Korrespondenzen.

Obernhan. Am 30. Oktober wurde hier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung angemeldet, welche am 2. November stattfand. Die gesetzlich vorgeschriebene Bescheinigung wurde Freitag, den 1. November, Abends 6 Uhr, dem Einberufer in die Fabrik, wo er in Arbeit steht, gebracht. Weil er nun glaubte, er solle dadurch in seinem Arbeitsverhältnis An den wohlwollenden Herrn Gemeindevorstand Verfahren nachstehende Beschwerde beim Gemeindevorstand: An den wohlwollenden Gemeindevorstand

Hier. Ich sehe mich veranlaßt, nachstehende Beschwerde zu erheben. Ich meldete am 30. Oktober eine Holzarbeiterversammlung an, die am 2. November im „Deutschen Gaus“ hier stattfand. Die gesetzlich vorgeschriebene Bescheinigung der Anmeldung brachte mir am Freitag Abend der Schutzmann Neuter in das Geschäft, wo ich beschäftigt bin, und, wie er auf Befragen erklärte, im Auftrage seines Vorgesetzten, auch war das Schreiben bereits einzufalten, trotzdem meine Adresse auf der Rückseite bemerkt

war. Gegen ein solches Verfahren erhebe ich hiermit Beschwerde und ersuche den wohlwollenden Herrn Gemeindevorstand, den Polizeiorganen zu befehlen, daß derartige amtliche Schriftstücke in meine Wohnung und nicht in die Fabrik gebracht werden, wo ich beschäftigt bin. Zunächst stört mich der Schutzmann in meiner Arbeit, und weiter bin ich in der Fabrik angestellt, um Arbeit zu verrichten, nicht, um Mitteilungen und Schriftstücke der Behörde entgegenzunehmen, die nichts mit dem Arbeitsverhältnis zu thun haben und mir schließlich einmal Unannehmlichkeiten bringen können. In der bestimmten Erwartung, daß der Herr Gemeindevorstand meine mit Recht erhobene Beschwerde beachtet, zeichnet mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung (Unterschrift.)

Darauf ging folgender Bescheid ein: Reg.-Nr. 1175. I. Obernhan, den 19. Dezember 1901. Herrn ... Hier.

Auf Ihre unter dem 6. November 1901 gegen den Schutzmann Neuter hier eingereichte Beschwerde wegen angeblich ungeeigneter Zustellung einer Verfügung werden Sie hierdurch beschieden, daß gegen den Schutzmann nichts zu verfügen ist, da sein Verhalten als durchaus korrekt zu bezeichnen ist. Die betreffende Verfügung war infolge der späten Einreichung Ihrer Anmeldung von der königlichen Amtshauptmannschaft als „dringlich“ bezeichnet, und Ihnen daher sofort zugestellt. Daß dadurch Ihre agitatorische Thätigkeit Ihrem Arbeitgeber bekannt werden kann, ist hierseits nicht als bedenklich anzusehen, da man annehmen muß, daß der Arbeitnehmer nicht hinter dem Rücken des Arbeitgebers handeln soll.

Der Gemeindevorstand. Dr. Schanz.

Das ist eine sonderbare Entschuldigung eines Verfahrens, das mit Recht Nachtheile für den betreffenden Arbeiter zur Folge haben konnte. So lange die Arbeiter außerhalb ihrer Arbeitszeit sich mit gewerkschaftlichen und anderen Dingen beschäftigen, kümmert das die Arbeitgeber nichts; aber mit Recht verbiten sie sich, daß während der Arbeitszeit solche Sachen erledigt werden. Wenn nun gar noch ein Polizeibeamter den Arbeiter bei der Arbeit aufhält, so kann schon allein aus diesem Umstande dem Arbeiter Unannehmlichkeit widerfahren. Ob eine solche geplante oder nicht, mag hier unentschieden bleiben, die letzten Zeilen des Herrn Dr. Schanz lassen aber erkennen, daß der Arbeiter Recht hatte, wenn er befürchtete, daß ihm durch das Zustellen eines geöffneten Schriftstückes in der Werkstatt seines Arbeitgebers ein Nachtheil entstehen könnte. Im Weiteren sei bemerkt, daß die Versammlung vier Tage vorher angemeldet worden ist, die Polizei also Zeit genug hatte, die Bescheinigung so frühzeitig auszufertigen, daß sie dem Einberufer der Versammlung in dessen Wohnung zugestellt werden konnte. Im Uebrigen kümmert es den Herrn Gemeindevorstand nicht im Mindesten, ob die Arbeiter hinter dem Rücken ihres Arbeitgebers oder mit dessen Einwilligung oder ohne dieselbe etwas unternehmen wollen, wozu sie gesetzlich berechtigt sind.

Konferenz des 9. Gaus,

abgehalten am 5. Januar in Grimma.

Vertreten sind 20 Zahlstellen durch 24 Delegirte. Außerdem anwesend Vertreter des Gauvorstandes und Kollege Leopold aus Reitz als Referent zum Punkt 3 der Tagesordnung.

Dem Geschäftsbericht des Gauvorstehers Wilsdorf ist zu entnehmen, daß die Hauptaufgabe unseres Verbandes, die Herbeiführung möglichst guter Arbeitsbedingungen, sowie auch die Agitation, durch die im 9. Gau stark hervortretende Krisis bedeutend erschwert wurde. Besonders in der im 9. Gau vorherrschenden Sigmundindustrie und bei fast allen anderen Branchen im Vorort Leipzig waren Differenzen und Streiks die Folgeerscheinung der Krisis, deren Ursache zumeist Afford- und Lohnreduktionen war. Die Resultate der zahlreichen Differenzen waren im Ausgang für die Arbeiter theilweise günstig, theilweise aber mußten die Kollegen im Wege des Vergleichs schlechtere Arbeitsbedingungen annehmen. In Leipzig selbst gingen einige Bewegungen völlig verloren, die in Betracht kommenden Kollegen zogen es jedoch vor, in ihre alten Arbeitsstellen nicht zurückzukehren. Vermehrte Arbeitslosigkeit der Kollegen und Rückgang der Zahl der im 9. Gau beschäftigten Holzarbeiter sind weitere Zeichen der ungünstigen Konjunktur. In 67 Betrieben wird zur Zeit mit verkürzter Arbeitszeit, welche zwischen 6-17 Stunden pro Woche schwankt, gearbeitet, während aber auch Ueberstunden, die besonders in Eilenburg vorherrschend sind, geleistet werden, trotzdem auch Eilenburg von Arbeitslosigkeit dort ansässiger Kollegen nicht verschont geblieben ist. Besonders traurige Ernährungsverhältnisse haben die Korbmacher, deren wöchentliches Durchschnittsverdienst M 12 und darunter beträgt. Während in vorigen Berichtsjahre ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen war, ist trotz der ungünstigen Verhältnisse die Mitgliederzahl im Gau von 8882 am 1. Januar 1901 auf 4035 am 1. Januar 1902 gestiegen. Der Organisation am schwersten zugänglich sind die Drechsler. Versammlungen wurden auf Veranlassung des Gauvorstandes 30 arrangirt. Die Thematika der Redner waren nach Möglichkeit allen Wünschen der Zahlstellen Rechnung tragend. Kassenrevisionen fanden 19 statt, lokale Prüfungen sonstiger Art, darunter 9 Aufträge des Hauptvorstandes, wurden 22 vorgenommen, zur Erledigung der Geschäfte waren 30 Sitzungen nötig. Die Korrespondenz belief sich auf 309 Eingänge und 660 Ausgänge. Den Kassenbericht erstattete der Kassirer Geride und stellt sich in den einzelnen Positionen wie folgt:

Kassenbericht des 9. Gaus (Leipzig) vom Jahre 1901.

Table with financial data: Einnahme, Ausgaben, Kassenbestand, etc. Total sum 1100, - and 449,75.

Ausgabe.

Table with financial data: Halbjahr, Diäten und Fahrgehalt an Referenten, etc. Total sum 1897,65.

Summa 307, - 460,55 129,70 57,87 255, - 18,93 -

Gesamte Einnahme... M 814,70 M 933,37 M 1609,70 Gesamte Ausgabe... 676,33 535,72 1212,05 Bestand am 30. Dezember 1901... M 397,65.

Vorstehende Abrechnung geprüft und für richtig befunden am 18. Juli und 30. Dezember 1901 von den Revisoren der Zahlstelle Leipzig bestätigt Fr. Nagel, D. Nothe und M. Pypmann. An letzter Stelle z. B. Ehr. Reinhold.

Der Berichterstatter bemerkt, daß im Berichtsjahre nur 1,6 pzt. von der Gesamteinnahme im Gau auf Konto der Hauptkasse verausgabt wurden; der Gauvorstand könne demgemäß eine weit regere Thätigkeit entfalten und ersucht um vermehrte Finanzspruchnahme des Gauvorstandes durch die Zahlstellen. Auch sei eine größere Schulung der Revisoren erwünscht und die Kassengeschäfte möglichst älteren verheiratheten Kollegen zu übertragen. Dem Gesamtvorstand wird hierauf Decharge erteilt.

Zum dritten Punkt: „Welches sind die gegenwärtigen Aufgaben innerhalb unserer Organisation?“ führt der Referent Leopold-Beiz aus: Der Prosperität der letzten Jahre sei die vorausgehende Depression gefolgt, welche eine anhaltende werden dürfte, da die Ausfuhrländer der heimischen Industrie-Erzeugnisse, besonders Rußland, Japan und China selbst Industrieländer geworden sind, weil selber die gegenwärtige Politik, welche in Deutschland vorherrscht, zur weiteren Verringerung unseres Exportes beiträgt, und der Hauptkonsument im Inland, der Arbeiter, durch seine ungenügende Entlohnung nicht kaufkräftig ist. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, dem Arbeiter höhere Einnahmen zu verschaffen, tragen zur Vermehrung der Kaufkraft des Volkes bei und liegt das Bestehen der gewerkschaftlichen Organisationen im allgemeinen Volksinteresse. Hohe Summen haben dieselben zum Nutzen ihrer Mitglieder verausgabt, darunter ein großer Theil für Streikunterstützung, da leider noch oft, obgleich hohe Löhne im allgemeinen Volksinteresse liegen, zur Erreichung derselben das Mittel „Streik“ angewendet werden muß. Dennoch muß bei Bewegungen, besonders zur Zeit des Niederganges, größte Vorsicht bewahrt werden. Wir müssen durch hohe Beiträge angeammelte Kampffonds den Gewerkschaften Achtung verschaffen. In England zahlen z. B. die Glasarbeiter die Woche M 5 Beitrag und haben gute Arbeitsbedingungen errungen. Tarifmäßige Vereinbarungen, allerdings nicht von allzulanger Dauer, müssen angestrebt werden, um die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse zur Zeit der Krise zu sichern. Die unbedingte Verweigerung der Ueberstunden muß angestrebt werden. Einschränkung der Frauenarbeit, Verbot der Kinderarbeit ist bei Bewegungen zu beachten. Die Arbeiterversicherungsgegebung, die Unfallverhütungsvorschriften, die Stellung der Arbeiter zu der Gewerbeinspektion sind in den Versammlungen mehr zu behandeln. Die Letzteren sind erst mit genügender Vorbereitung zu veranstalten. Die Unterstützungsvereine in den Gewerkschaften sind zu fördern, diese verlieren ihren Kampfscharakter dadurch durchaus nicht, vor Allem aber ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften ein Gebot der Nothwendigkeit, der Solidarität und der Selbsterhaltung, wir, die Familie und die Arbeiterbewegung überhaupt haben den Nutzen davon. (Beifall.)

Zum Bericht der Delegirten sei an dieser Stelle nur im Allgemeinen hingewiesen; die besonderen Verhältnisse der einzelnen Zahlstellen im 9. Gau werden im Protokoll Berücksichtigung finden.

Die vom Vorsitzenden angegebene Situation im Gau findet durch die Berichte aus den einzelnen Zahlstellen ihre vollste Bestätigung.

Besonders zu bemerken ist noch, daß die Leipziger Holzindustriellen, die um Erhaltung ihrer ohnehin schlechten Ernährungsverhältnisse kämpfenden Kollegen durch eine halbjährige Aussperrung aushungern wollen. Desgleichen haben die Unternehmer in Geringswalde über 300 Kollegen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, durch eine darauf folgende Aussperrung an freiwilliger Arbeit gehindert. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt noch bis zu 66 Stunden. Die im Vorjahr von den Korbmachern angestrebte Verbesserung ihrer tief traurigen Lebenslage mußte wegen der schlechten Konjunktur verjagt werden. Leider bestehen in wenigen Orten noch kleine Vergnügungsvereine von Holzarbeitern, deren Bestehen sehr bedenklich ist; selbst in Leipzig finden sich ähnliche Absonderungen. In Bezug auf Werbung neuer Mitglieder ist durch Hausagitation fast durchgängig guter Erfolg erzielt worden, so daß diese Art der Agitation viel gewünscht wird.

Zu den Anträgen übergehend, wird beschlossen, daß alle Zahlstellen im Sommerhalbjahr mindestens eine Agitationsversammlung unter Mitwirkung des Gauvorstandes zu veranstalten haben, wozu Letzterer ein geeignetes Flugblatt zur Verbreitung bereit halten muß. Ein Antrag der Zahlstelle Waldheim: „Herbeiführung möglichst einheitlicher Arbeitsbedingungen in der Stuhlindustrie“, wird dem Gauvorstand zur Prüfung überwiesen. Die Diäten für a u s w ä r t i g e Delegirte bei Hausagitationen werden nach den Entschädigungsätzen des Gauvorstandes (M 3 pro Tag) festgesetzt.

Die Gantage finden in Zukunft nur alle zwei Jahre, mindestens sechs Wochen vor dem Verbandstage, statt. Der Gauvorstand kann unter Zustimmung von fünf Zahlstellen außerordentliche Gantage einberufen. Ein weiterer angemessener Antrag empfiehlt den Orten, wo das Vertrauensmännerthum noch besteht, Zahlstellen zu errichten. Sechs für den kommenden Verbandstag bestimmte Anträge werden den antragstellenden Zahlstellen zur selbstständigen Einbringung an den Verbandstag zurückerwiesen. Annahme

findet nur ein Antrag, welcher vom Verbandstag die einheitliche Regelung der Lokalgesetze für zureichende Mitglieder verlangt.

Eine äußerst lebhaft diskutierte wird durch den Antrag des Gauvorstandes hervorgerufen: „Der vierte Gaustag des 9. Gauzes verpflichten, in Anbetracht der sechs Wochen vor dem nächsten Verbandstag stattfindenden Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die Zahlstellen, den Gegenstand vor der Urabstimmung in den Mitglieder-versammlungen zu diskutieren.“

Da eine Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder zur Verringerung des durch Arbeitslosigkeit erzeugten Elends und Lohnbrüdererei, sowie zur Stärkung des Kampfescharakters der Organisation geboten erscheint und ferner höhere Beiträge und größere Rechte der Mitglieder, die Leistungsfähigkeit sowie das Ansehen der Gewerkschaften stärkt und zur Verringerung der Fluktuation im Mitgliederstand beiträgt, zumal eine Unterstützung der Arbeitslosen von Seiten des Staates kaum zu erwarten ist: ihre Stimme bei der Urabstimmung für Einführung der Arbeitslosenunterstützung abzugeben.

Der erste Teil dieses Antrages findet einstimmige Annahme, während der zweite Teil zurückgezogen wird, da man die prinzipielle Entscheidung der Delegierten in der kurzen Beratungszeit für unangebracht hält.

Beschlossen wird ferner, das Protokoll im Druck erscheinen zu lassen und die auf den vorhergegangenen Gaustagen beschlossenen Anträge, soweit sie noch Geltung besitzen, im Protokoll ständig weiter zu führen.

Die Diäten werden auf 4 festgesetzt.

Nach einem kräftigen Schluß- und Dankeswort für die Gastfreundschaft der Kollegen Grimmas und der Mahnung, daß ein Jeder seine ganze Kraft in den Dienst des Deutschen Holzarbeiterverbandes stellen möge, schließt der Gauvorstand um 8 1/2 Uhr mit kräftig erwidertem Hoch auf den Verband den vierten Gaustag. O. G.

Gaukonferenz des 10. Gauzes, abgehalten in Chemnitz am 5. Januar.

Die Konferenz tagte im Restaurant „Hoffnung“ und war von 23 Delegierten aus 18 Orten besucht. Der Gauvorstand begrüßte die Delegierten und gab im Anschluß daran zu dem hektographiert vorliegenden Jahresbericht einige mündliche Ergänzungen. Die Agitation mit öffentlichen Versammlungen sei völlig nutzlos gewesen, in manchen Orten waren die vom Gau veranstalteten Versammlungen so schwach besucht, daß sie gar nicht abgehalten werden konnten. Infolge der Krise, die leider im ganzen Gau sich bemerkbar mache, sei die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen. Von 7072 im Gau beschäftigten Holzarbeitern sind nur 1274 organisiert. Das ist kein schönes Bild. Der Gauvorstand hielt 14 Sitzungen ab und hatte 238 briefliche Eingänge und 411 Ausgänge zu erledigen. Weiter veranstaltete der Gauvorstand 38 Versammlungen. Als besonders hinderlich hat sich hier der Mangel an geeigneten Lokalen herausgestellt. Maßregelungen und sonstige Verfügungen waren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr zu verzeichnen, ebenso Lohnabzüge infolge des schlechten Geschäftsganges. In Willau wurde den Tischlern der Firma Krebs eine 25prozentige Lohnreduzierung angeboten und vom Unternehmer versprochen, daß er ein fettes Schwein schlachten wolle für die Arbeiter, wenn sie mit dem Abzug einverstanden seien. Die Kollegen dankten aber für den Schmeiß. Das Schmerzenskind des Gauzes sei Schönheit, denn die dortigen Arbeiter seien zum Eintritt in die Organisation nicht zu bewegen.

Nachher gab hierauf den Kassenbericht der Kasse. Bei einem Kassenbestand von 58,55 am 31. Dezember 1900 sind 650 Beiträge aus der Hauptkasse, 105 freiwillige Beiträge aus den Zahlstellen und 4,40 sonstige Einnahmen zu verzeichnen. Ausgabe: Fahrgehalt und Diäten für Referenten 359,90, für sonstige Reisen 128,70, Druckkosten 11, Posti 32,40, persönliche Verwaltungskosten 110, sonstige Ausgaben 32,55. Es steht somit einer Ausgabe von 674,55 817,90 Einnahme gegenüber. Von 20 Zahlstellen des Gauzes haben nur 12 freiwillige Beiträge geleistet.

Bei der nunmehr folgenden Diskussion über den Geschäftsbericht und den damit verknüpften Bericht der Delegierten wurde durchgängig die schlimme Einwirkung der Krise konstatiert.

In Chemnitz liegen die Verhältnisse für die Holzindustrie sehr schlimm. Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnreduzierungen sind an der Tagesordnung. Nur der unermüdeten und energiegelassen Agitation, die am Orte einfließt, ist es zu danken, daß die vorjährige Mitgliederzahl erhalten blieb.

In Neuhäusen i. C. ist die Organisation zurückgegangen. Maßregelungen und Lokalmangel haben dort die noch sehr junge Organisation geschädigt, doch besteht begründete Hoffnung auf Besserung.

In Grimma ist es nicht besser aus: Mitgliederzahl und Lohnabzüge. Bei der bekannten Firma Roland & Pöhlmann setzte es zu Weihnachten abermals 12 pSt Lohnabzug. Die dortigen Kollegen hätten aber nichts anderes verdient.

Auch in Oberhausen sind Maßregelungen an der Tagesordnung. Der große Indifferenzismus der dortigen Holzarbeiter ermöglicht das. Auch die Lokalbehörde verhält sich einwandlos frei.

In Zschanngeorgenstadt ist die Mitgliederzahl nur deshalb zurückgegangen, weil 32 Mann gekündigt worden ist infolge schlechten Geschäftsganges. Bei einer Firma existieren die Hände mit dem Abzugszahlungsweien.

In Kreuzbach i. B. wurde die ganze Lokalverwaltung gemischelt, wie überhaupt die dortigen Unternehmer mit besonderer Rücksichtslosigkeit vorgehen. Leider hatten die Arbeiter nicht dementsprechend zusammen.

In Plauen i. B. ist die Mitgliederzahl durch die Krise zurückgegangen und eine Besserung vorläufig nicht zu erwarten. Dasselbe trifft für Reichenbach i. B. zu, nur daß es den dortigen Kollegen gelang, in Plauen und Reichenbach ihren Fuß zu fassen.

Enschluß ließ es in Verdau aus. Alles sei dort versucht worden, um die Kollegen zu organisieren, leider vergeblich. Die dortigen Kollegen dort seien jetzt am Ende ihres La-

teins angelangt, vielleicht wisse der Gauvorstand neue Mittel.

In Oelsnitz i. B. habe die Krise. Der Indifferenzismus der Holzarbeiter sei dort so groß, wie die Lust der Unternehmer, mit Maßregelungen vorzugehen. Besonders die alten Kollegen etele man hinaus.

In Frankenberg sind besonders die Tischler indifferent, von denen nur ein Zehntel organisiert ist. Die Krise ist dort weniger zu spüren, desto mehr aber die Gleichgültigkeit der Arbeiter. Von Meerane und Zwickau konnte gleichfalls nur unerfreuliches gemeldet werden, ebenso von Glauchau und Willau.

Dagegen konnte von Oederan ein Erstarken der Organisation berichtet werden.

Weiter wurde von Zwickau aus die Frage eines Gau-Arbeitsnachweises wieder aufgeworfen, und von Plauen aus die Referentenfrage. Für die kleinen Zahlstellen werde hinsichtlich der Versorgung mit Referenten zu wenig getan.

Reiditsch-Chemnitz beschwert sich darüber, daß die einzelnen Lokalverwaltungen die Korrespondenz mit dem Gauvorstand zu faulzig besorgen, teilweise direkt vernachlässigen. Das müsse anders werden, solle ein zweckmäßiges Arbeiten ermöglicht werden.

Schöpfkin spendet dem Gauvorstand für seine Tätigkeit Anerkennung und lobt besonders die vorzügliche Abfassung des schriftlich erstatteten Jahresberichts.

Hierauf tritt Mittagspause ein.

In der Nachmittagsitzung hielt Schöpfkin-Chemnitz einen 1 1/2stündigen Vortrag über: „Unsere Taktik zur Zeit der Krise“. Nach einer kurzen Erörterung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage und der Aussichten für die nächste Zukunft unterbreitete Redner der Konferenz eine Reihe von Vorschlägen, nach denen im laufenden Jahre in agitatorischer und organisatorischer Beziehung gearbeitet werden soll. Die Vorschläge bezwecken in der Hauptsache, daß an Stelle der heutigen Planlosigkeit in der Agitation einmal Planmäßigkeit tritt, sowie eine methodische Regelung der Vortragsthema. Die Vorschläge lauten kurz zitiert wie folgt:

1. Der Gauvorstand legt für den Gau eine bestimmte Zahl abzuhaltender Versammlungen fest, zu denen die Tagesordnung und der Referent vorgezeichnet wird.

2. Als Vortragsthema sind für ein Jahr bei beispielsweise vier obligatorischen Versammlungen zu wählen: im Frühjahr ein gewerkschaftlich-agitatorisches Thema; im Sommer ein das Gebiet der sozialen Rechtspflege oder sonst das Gebiet der Sozialpolitik behandelndes Thema; im Herbst ein die Kunst betreffendes oder eine wissenschaftliche Frage berührendes Thema; im Winter eine volkswirtschaftliche Abhandlung unter Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung.

3. Bezüglich der Referentenfrage ist bei diesen Versammlungen wie folgt zu verfahren: Für jeden Versammlungsturnus ist ein Referent zu bestellen, der schon Monate bevor Wochen vorher einen diesbezüglichen Auftrag erhält mit der Verpflichtung, ein sorgfältig durchgearbeitetes Referat zu bieten. Soweit wie notwendig, sind demselben die erforderlichen Unterlagen und Hilfsmittel zu verschaffen.

4. Bei der Agitation zu diesen Versammlungen wird der Gauvorstand verpflichtet, den Zahlstellen die Art der Agitation vorzuschreiben, so z. B. die Art der Insertion in den Zeitungen, das Anschlagen von Plakaten und die Verteilung von Handzetteln. Der Gauvorstand ist ferner verpflichtet, jeder Zahlstelle Schemata über den allgemeinen Text für Inzerate, Plakate und Handzettel zuzustellen.

5. Pflege der Berufsstatistik, wozu der Gauvorstand ermächtigt wird, um einen genauen Überblick über die Verhältnisse in jedem Orte des Gauzes zu erhalten, von jeder Zahlstelle alljährlich eine Statistik zu verlangen, die sich auf die Arbeiterzahl im Verufe, Zahl der Betriebe, der Maschinen, ferner auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie auf die hygienischen Einrichtungen beziehen soll. Den Zahlstellen sind zu diesem Behufe Formulare zu liefern und möglichst eine mündliche Erläuterung über die Behandlung der Statistik zu geben. Das gewonnene Material soll außer zu informativem Zweck in geeigneter Weise zur Agitation verwendet werden.

6. Durchführung des Berufstrustvertrauensmännersystems. (Der Referent machte hierzu bestimmte Vorschläge.)

7. Hausagitationen, die alljährlich einmal vorgenommen werden. (Auch dazu gab der Referent bestimmte Vorschläge.) Neues, so führte der Referent aus, enthalten die Vorschläge nicht, sie bilden aber in der Zusammenfassung für den Gau einen Leitfaden, nach dem einheitlich gearbeitet werden müsse, wenn die Konferenz zustimme. Auch im kommenden Jahre werde infolge der geschäftlichen Situation auf einen besonderen Mitgliederzuwachs nicht zu rechnen sein. Daher sei diese Zeit am besten geeignet, den Versuch mit den Vorschlägen zu machen. Wir wollen einmal ein Jahr so arbeiten und das nächste Jahr uns dann über den Nutzen unterhalten.

Die Debatte war eine sehr lebhaft, doch stimmten sämtliche Delegierte zu. Nur gegen die Durchführung des Berufstrustvertrauensmännersystems wurden Einwendungen erhoben. Einmütig fand folgende Resolution Annahme:

Die am 5. Januar 1902 tagende Gaukonferenz des 10. Gauzes erklärt sich mit den vom Referenten gemachten Vorschlägen einverstanden, und beripreden die Delegierten, in ihren Zahlstellen für strikte Durchführung derselben Sorge tragen zu wollen. Der Gauvorstand wird ermächtigt, entsprechend den Vorschlägen und den durch die Praxis gegebenen Verhältnissen und Einschränkungen zu handeln.

Ein Antrag Zwickau, ein für den Gau berechnetes Flugblatt herauszugeben, wurde dem Gauvorstand überwiesen. Das Flugblatt soll erscheinen, wenn eine Statistik im Gau aufgenommen worden ist. Von Plauen i. B. wurde der Wunsch ausgesprochen, der Gauvorstand möge beim Hauptverband zum kommenden Verbandstag eine andere Wahlkreiseinteilung beantragen. Der Gauvorstand erklärte, dazu kein Recht zu haben. Ein Antrag des Gauvorstandes, daß die Zahlstellen eine Lokalunterstützung nur an solche Kollegen zahlen sollen, die dem Verband mindestens ein Vierteljahr angehören, wurde abgelehnt.

Damit hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Mit einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden und einem Hoch auf den Verband wurde die Konferenz geschlossen.

Vierte Gaukonferenz des 17. Gauzes, abgehalten am 28. Dezember 1901 in Oldenburg.

Der Gauvorsteher, Kollege R. Schmidt, eröffnete die Konferenz um 11 Uhr. Anwesend sind 20 Delegierte aus 14 Zahlstellen, außerdem drei Mitglieder der Gauverwaltung. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten ergänzt der Gauvorsteher den Bericht, welcher gedruckt vorliegt. Wir entnehmen demselben Folgendes:

Die Thätigkeit der Gauverwaltung war eine, den Verhältnissen entsprechend, intensive. Zur Bewältigung der geleisteten Arbeit waren 20 Gauvorstandssitzungen erforderlich. Außerdem fanden zwei gemeinschaftliche Sitzungen der Gauverwaltung mit den Ortsverwaltungen Bremen und Hastedt statt. Letztere beschäftigte sich mit dem Zusammenschluß der Zahlstellen Bremen und Hastedt. Bei gesonderter Abstimmung der drei Körperschaften wurde ein dementsprechender Beschluß gefaßt, jedoch lehnte die darauf einberufene Generalversammlung der Zahlstelle Hastedt den Zusammenschluß beider Zahlstellen ab. Die Gauverwaltung war zu diesem Schritt veranlaßt erstens durch den Rückgang der Zahlstelle Hastedt, und zweitens um Streitigkeiten, welche aus dem jetzigen Verhältnis fortwährend zu Tage treten, ein Ende zu machen.

Der schriftliche Verkehr zeigte uns folgendes Bild: An Briefen, Karten und sonstigen Drucksachen eingegangen 288 Stück und 6 Telegramme; ausgegangen 489 Stück und 2 Telegramme.

An Versammlungen war die Gauverwaltung beteiligt oder wurden von ihr veranlaßt im Gauzen 56, und zwar 18 öffentliche Holzarbeiterversammlungen, drei Gewerkschaftsversammlungen, Referenten zu Mitgliederversammlungen wurden 30 Mal entsandt. Die Versammlungen waren durchschnittlich gut besucht, die einzigen kaum noch einen sehr starken Besuch verzeichnen. Sieben Versammlungen fanden aus Anlaß von Lohnbewegungen statt, davon drei in Emden, zwei in Vegehad, eine in Quatenbrüd und eine in Gröpelingen. Als Referenten resp. Vertreter des Gauvorstandes kamen in Betracht: in drei Versammlungen Kollege Leipart (Stuttgart) und Genosse Heilmann (Oldenburg), in zwei Versammlungen die Kollegen Neumann (Hamburg) und Schmeida (Bremen) in je einer Versammlung Genosse Reichmann (Bremen) und die Kollegen Lages und Heint. Schmidt (Bremen) und für 39 Versammlungen der Gauvorsteher.

In Wurgdamm ist es uns gelungen, im Laufe des dritten Quartals eine Zahlstelle zu gründen, welche am Schlusse des dritten Quartals bereits 65 Mitglieder zählte. Daß die Arbeitgeber sofort versuchten, die Organisationsbestrebungen zu hintertreiben, ist hierbei als selbstverständlich festzustellen. Beim vorjährigen Kistenmacherstreik in Bremen waren es gerade die Kistenmacher in Wurgdamm, welche sich von ihrem Arbeitgeber dazu benutzen ließen, ihren Kollegen in Bremen in den Rücken zu fallen. Der Fabrikant Dierßen gab ein Fest für seine Arbeiter und machte dadurch die Organisationsversuche der Bremer Kollegen illusorisch. Nachdem der Streik zu Ende war, brauchte man die Arbeiter nicht mehr so notwendig und der Druck von Seiten des Arbeitgebers wurde auch wieder stärker, bis dieselben endlich zu der Erkenntnis kamen, daß es nötig sei, sich einer Organisation anzuschließen.

In Aurich wird die Organisationsthätigkeit dadurch erschwert, daß kein Lokal daselbst zur Verfügung steht.

In Quatenbrüd hat sich die Thätigkeit der Kollegen für die Organisation bedeutend gehoben und zwar dadurch, daß erstens im Frühjahr eine umfangreiche Lohnbewegung durchgeführt wurde, und zweitens dadurch, daß der christliche Holzarbeiterverband eine Zahlstelle dort in's Leben rief, welche jedoch schon wieder auf dem Aussterbe-Etat steht. Die Gründungsversammlung, welche von zirka 100 Holzarbeitern und nach den Quatenbrüder Presseorganen außerdem von einer Anzahl interessierter Bürger besucht war, nahm einen für unsere Organisation sehr günstigen Verlauf, so daß wir uns veranlaßt sahen, nun auch von unserer Seite eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einzuberufen. Diese Versammlung war von zirka 120 Holzarbeitern besucht, bei 85 Mitgliedern, welche unsere Zahlstelle dort zählt.

Außerdem wurde versucht, in Eughaven, Sebet, Wittmund, Neustadtgödens, Hastedt, Zwischenahn, sowie in der näheren Umgegend von Bremen, wie Wilenthal, Schwachshäuten, Worsbude, Achim, Mahndorf und Arbergen die Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Speziell in Hastedt wurde eine gründliche Hausagitation entfaltet, um die Kistenmacher, welche anläßlich des Streiks ausgetreten, wieder zu gewinnen.

Bei Kassenrevisionen resp. Reihülfeleistung zur Quartalsabrechnung mußten wir in 30 Fällen thätig sein. Bei diesen Revisionen haben wir in Erfahrung gebracht, daß die weitaus meisten nicht nötig sein würden, wenn die Verwaltungsmitglieder, speziell die Kassierer, das Verwaltungsreglement besser beachten würden. Man möge darauf achten, daß, wenn irgend möglich, nur ortsanfällige Kollegen gewählt werden. Auch in diesem Jahre hatten wir in zwei Zahlstellen mit unerfahrenen Kassierern zu rechnen und in einer kam der Bevollmächtigte in Betracht. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die Revisoren jeder Zahlstelle mindestens jeden Monat einmal unerwartet bei dem Kassierer erscheinen, die Kasse revidieren und sich davon überzeugen, ob die Kassenführung eine ordentliche ist.

Zu eigentlichen Streits ist es in diesem Jahre in unserem Gau nicht gekommen; es wurden alle Differenzen ohne Arbeitsniederlegung erledigt. Das bedeutet jedenfalls einen Achtungserfolg, den sich unser Verband den Unternehmern gegenüber errungen hat.

Lohnbewegungen waren geplant oder fanden statt in Gröpelingen, Emden, Quatenbrüd, Bremen, Oldenburg und Vegehad. In Bremen und Oldenburg konnten die Lohnbewegungen nicht stattfinden, weil der Hauptvorstand seine Genehmigung nicht erteilen wollte.

An Mitgliedern zählten wir nach den eingelaufenen Quartalsberichten im ersten Quartal 1901 2454, im zweiten Quartal 2511, im dritten Quartal 2878. Eingetretene sind im ersten Quartal 160, im zweiten Quartal 270 und im dritten Quartal 287 Kollegen. Das wäre insgesamt eine Zunahme von 717 Mitgliedern. Aus dem Vorherigen ist jedoch ersichtlich, daß in der That der Zuwachs nur 424 beträgt. Ausgetreten sind im ersten Quartal 176, im zweiten Quartal 105 und im dritten Quartal 70 Mitglieder. Das

macht in Summa 351 Mitglieder, die wir in den drei Quartalen wieder verloren haben. Die weitaus meisten...

Wie groß die Zahl der leistenden Wochenbeiträge überhaupt ist, darüber auch noch einige Zahlen. Im ersten Quartal waren insgesamt 5443 leistende Wochenbeiträge...

Der Bericht des Kassiers stellt sich in den Endzahlen wie folgt: Einnahme M 797,37, Ausgabe M 731,14, demnach Bestand für 1902 M 66,23.

In der Diskussion wird emängelt, daß die Berichte den Delegierten zu spät zugestellt und somit nicht mehr diskutiert werden konnten. Deshalb soll die nächste Konferenz Ende Januar stattfinden...

Hierauf folgt der Bericht der Delegierten, aus dem hervorgeht, daß in mehreren Orten, wie Bremerhaven, Ligejask, Leer, Brake, Norden, Entlassungen vorgekommen und theilweise auch die Arbeitszeit reduziert worden ist...

Beim Punkt „Organisation und Agitation“ giebt der Gauvorsitzer ein kurzes Resümé, daß die Agitation nicht in jeder Zahlstelle auf dieselbe Weise betrieben werden könne...

Anschließend hieran werden die von den Zahlstellen gestellten Anträge diskutiert. Ein Antrag, Schritte einzuleiten, daß die Mitglieder unseres Verbandes, welche in den Verfarbeiterverband eintreten, ihren Pflichten unserem Verbande gegenüber nachkommen...

Bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung sollen in sämtlichen Zahlstellen Versammlungen abgehalten werden. Die Wahl der Referenten, ob für oder gegen, soll den Zahlstellen überlassen bleiben.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Differenzen bei Wagner & Zinkeisen, Weichmühlfabrik in Leipzig-Lindenu, sind erledigt. War die Firma zuerst nur bereit, von dem ursprünglichen 10prozentigen Abzug auf 7 p. Ct. sich zu einigen...

Die Firma Ammendörfer & Haas, Spiegelfabrik in Fürth, hat ihre Arbeiter mit einem sehr hohen Lohnabzug bedacht; die dortigen Kollegen sind nicht geizig, sich das gefallen zu lassen.

Die Korbmacher in Orensburg, soweit sie bei den Firmen Fedner & Sohn und Tornow beschäftigt waren, haben wegen Lohnreduzierung die Arbeit eingestellt.

Verichtigung. Die Firma Adolf Leby & Co., Dampf-Wildhauerei u. Drechslerei in Schönlanke erfucht uns, mitzutheilen, daß nicht, wie aus unserer Mittheilung unter „Lohnbewegung“ angenommen werden konnte, bei ihr ein Streit oder sonstige Differenzen beständen.

Aus den Vernein der Holzbranche.

Herr Generalsekretär Bambach vom Gewerbeverein der Tischler regt sich darüber auf, daß wir ihn in Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ als „Rechenkünstler“ bezeichnet haben.

Er macht uns den Vorwurf, daß wir zum Vergleich der Leistungen des Holzarbeiterverbandes mit denen des Gewerbevereins nicht fünf Jahre sondern nur das Jahr 1900 herangezogen hätten. Der Grund hierfür ist doch aber ja lachelnd, daß ihn auch Herr Bambach begreifen könnte...

Herr Bambach will es nicht wahr haben, daß seine Agitation in manchen Orten dem Verbands mehr genützt habe, als dem Gewerbeverein und will aus unseren Artikeln herausgelesen haben, daß zugegeben worden sei, seine Agitation hätte Erfolg für den Gewerbeverein gehabt.

Des Ferneren ist es Herrn Bambach räthselhaft, daß wir, als Ausgaben des Gewerbevereins für Unterstützungen im Jahre 1900 nur M 23 978,10 herausrechnen, während nach seiner Angabe für diese Zwecke M 28 612,10 ausgegeben seien.

Die auf den Holzarbeiterverband bezüglichen Zahlen für die letzten fünf Jahre will Herr Bambach von unseren Verbandstagen her haben. Es thut uns leid, trotzdem konstatieren zu müssen, daß sie falsch sind.

Dann bringt Herr Bambach in dem, mit seinen Initialen gezeichneten Artikel einige konfuse Sätze, in welchen von den Beiträgen der Mitglieder und den Leistungen der Organisationen die Rede ist und in welchen er sich mit der vom Verband geplanten Arbeitslosenunterstützung beschäftigt.

Darüber, ob die M 11 389, die der Gewerbeverein im Jahre 1900 für Streiks verwendet hat, nutzlos ausgegeben sind, wie Herr Bambach annimmt, wollen wir mit ihm nicht rechten.

Eine Musterleistung Mannheimer Schreinermeister. Bei der Vergebung der Schreinerarbeiten zur städtischen Wäckerhalle im Submissionsweg wurden folgende Offerten eingereicht: Greiner M. 3598, Steiner 3575, Koch 3518, Klimm 3498...

Nachdem durch die demokratisch-ultramontane „Handwerkerfreundlichkeit“ das seit zwei Jahren eingeführte Mittelpreisverfahren wieder abgeschafft ist bei der Vergebung städtischer Arbeiten wird wohl Schreinermeister Birkenmeier als Mindestforderer die Arbeit erhalten.

zahlen und hätte jedenfalls noch einen Verdienst dabei. Die Handwerker, die sich mit dem Mittelpreisverfahren seither nicht befremden konnten, wären jedenfalls noch froh, wenn diese noch bestände.

Warnung vor dem Tischler Franz Stier. Vor demselben wurde vor Kurzem aus Ebersforde gewarnt, jetzt geschieht dasselbe aus Gaarden bei Kiel. St. hat in Holtzenau einen Kollegen aus der Arbeit zu bringen versucht und nach Hinterlassung von Logis- und anderen Schulden das Weite gesucht.

Gewerkschaftliches.

Verbandstage. Der Verband deutscher Gast- u.irthshausgehülfe hat seinen Verbandstag auf den 18. März nach Mainz einberufen, der Verbandstag der Buchdrucker-Gehülfsarbeiter und Arbeiterinnen findet zu derselben Zeit in Berlin statt.

Abzug der Verbandsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen. Schon in Nummer 26 des vorigen Jahrganges unserer Zeitung verwiesen wir nach dem „Correspondent“ bereits darauf, daß nach dem Einkommensteuergesetz verschiedener Bundesstaaten es möglich ist, die Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen.

Wie gesagt, hängt es von der Fassung der Einkommensteuergesetze in den übrigen Bundesstaaten ab, ob die Gewerkschaftsbeiträge auch dort vom steuerpflichtigen Einkommen abzuziehen sind.

„Unabhängige“ Gewerkschaften in Frankreich. Was in Deutschland die „Blauen“ sind, sind in Frankreich die „gelben“ Gewerkschaften, nämlich jene Arbeiterorganisationen, die zumeist unter dem Einfluß des Unternehmertums und zu Streikbrechergeworden gegründet sind.

Die Firma Ammendörfer & Haas, Spiegelfabrik in Fürth, hat ihre Arbeiter mit einem sehr hohen Lohnabzug bedacht; die dortigen Kollegen sind nicht geizig, sich das gefallen zu lassen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

Vom 15. Oktober bis 31. Dezember 1901 sandten Neberstüsse ein: Berlin A M. 500, Hamburg II 280, Braunschweig 200, Offenbach 200, Fürth 200, Wald 180, Furtwangen 160, Werben 100, Lübeck 100, Croßen 100, Köln 100, Freiburg 50, Schweidnitz 30.

Briefkasten.

Bernburg, S. Das Eingekaufte enthält außer Bekannten nur den Vorschlag, eine Agitationstour speziell für Korbmacher zu arrangieren. Wir meinen, daß dieser Vorschlag dem Vorhange unterbreitet werden muß.

zu beizende Horn etwa 15 Minuten hinein (bei Delschliff etwas länger) und bringt es dann in Hornspähne. Nach dem oberflächlichen Trocknen reibt man das gebeizte Horn mit Schmirseife ein und läßt dasselbe einen Tag liegen.

Ostlitz, R. Können Sie auf Bestellung von einer Buchhandlung am Orte beziehen.
Beertfelden, B. M. Wer weiß den Sachverhalt, der auf anderen Delfarbenlack auftragbar ist und nicht in diesen zerfällt? Können wir Ihnen nicht sagen; jedenfalls die Firma Paul Horn in Hamburg.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Altona. Am Mittwoch, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale d. Herrn P. Christianen, Blumenstr. 41. L.-O.: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht der Verwaltung. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Bericht von der Gaukonferenz. 5. Verschiedenes.

Aufruf!

Drechsler Bruno Hoffmann, geb. am 22. 7. 1877 zu Liegnitz, giebt seinen besorgten Eltern ein Lebenszeichen. Kollegen, welche über den Aufenthalt oder Verbleib des Bruno Hoffmann etwas Näheres wissen, werden gebeten, dies an unterzeichnete Adresse mitzutheilen.

Selbst- und sauber arb. Möbeldrechsler, 25 Jahre, sucht dauernde Arbeit. G. Meier, Cüstrin-W., Schützenstr. 4, b. R. n. a. d.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichner, Werkführer, Meister.

Ein tüchtiger Polierer für auspolierte Schiffe wird sofort gesucht. Offerten unter B. 104 an die Exp. d. Zeitung.

Holzmojai für Möbel, Kästen, Tische usw., fertigt Wilh. König, Berlin, Dieffenbachstr. 33.

Korbmacher auf Gestell- und Congoarbeit sofort gesucht. Franz Ruder, Bad Nauheim.

Viel sparen kann Jeder, der das rühmlichst bekannte und von Tausenden empfohlene

Eine seit 23 Jahren bestehende Drechslerei, zwei Drehbänke mit besten Einrichtungen für alle Zweige der Drechslerei, mit fester Kundschaft, ist wegen Krankheit sofort billig zu verkaufen.

* Felsen-Hemd * trägt. Bestes Tricot-Hemd, fast unzerreißbar, warm - nicht einlaufend

Unjost und franko erhält Jeder meinen Prachtkatalog mit ca. 3000 Abbild. v. Messern, Scheren, Senen, Waffen, Fernrohren Gold- und Lederwaren etc. (unentbehrl. für jeden Haushalt). Empfehle unübertroffene Silberstahl-Messermesser mit Grav. zu M. 2, desgleichen Diamantstahl M. 3 gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Meinel & Herold Harmonika-Fabrik Kilgenenthal (Sa.) Nr. 103 versenden per Nachn. anerkannt solide Concert-Zug-Harmonikas, ca. 34 cm hoch, m. garantirt körperl. Stim., offen. Klaviatur, verstellb. Stahlfederung, 16teil. (11falt.)

Tischler-Fachschule Detmold Drei- u. sechsmonatl. Kurzus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Werkmeister

für dauernd gesucht, welcher im Aufreißen und Anfertigen von sämtlichen Bauwerksarbeiten gewandt und zuverlässig ist. Erfahrung auch in Herstellung von Möbeln erwünscht.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn, Hamburg Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreise, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Berlag: A. Köpke, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Weide in Hamburg.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Vorkenn. Unsere Herberge und Verkehrslokal befinden sich von jetzt ab beim Herrn Gastwirth Macdensen, Stobenstr. 140. Die Ortsverwaltung.
Gisleben. Bevollm. E. Spanier. Kassierer Otto Feste. Reiseunterstützung wird ausbezahlt bei H. Rehling, Thüringer Hof, Klauerplatz 47. Die Ortsverwaltung.
Greiz. Die Reiseunterstützung wird von jetzt ab beim Kassierer M. Michel, Hofgasse 3, ausbezahlt.

Aufforderung.

Der Tischl. Paul Schneider aus Berlin, Buchn. 1019, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen mir gegenüber nachzukommen. Kollegen werden um keine Adresse gebeten. Karl Stang, Kassierer, Suhl i. Th., Sandstr. 910.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Herm. Kesselring, Drechsler, geb. 3. 1. 1902 an der Proletarier-Fachschule zu Stetzig.
Flau, Drechsler, geb. 13. 5. 61 zu Walsow i. M., geb. 3. 1. 1902 an Langenwiesenthal zu Hamburg.
Paul Jaeger, Drechsler, geb. 12. 1. 58 zu Breslau, geb. 5. 1. 1902 an der Proletarier-Fachschule zu Breslau.
Ihre Ihren Andenken! Die Ortsverwaltungen.

„Der Deutsche Tischlermeister“

Berlin SW, Friedrichstr. 31, ist die anerkannt hervorragendste Fachzeitung der Tischlerei. Jede Nummer enthält praktisch verwendbare Zeichenvorlagen für Möbel- und Bastischlerei. Zahlreiche Textillustrationen. Reich illustriertes Unterhaltungsblatt „Für's denische Haus“ gratis. Wöchentlich erscheint eine Nummer. „Der Deutsche Tischlermeister“ berichtet über bemerkenswerte richterliche Entscheidungen und alle dieses Gewerbe betreffende Vorgänge der Öffentlichkeit, und giebt in seinem Briefkasten, auf Wunsch auch brieflich, jedem seiner Abonnenten kostenfreien Rath in allen technischen, künstlerischen und rechtlichen Fragen. Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Abonnements-Bestellungen werden am Schalter des nächstgelegenen Postamtes entgegengenommen zum Preise von M. 1,50 pro Quartal. Der „Deutsche Tischlermeister“ ist im Postzeitungskatalog unter Nr. 1956 eingetragen, was bei der Bestellung am Postschalter angegeben werden muß. Wünscht der Abonnent die Zeitung ins Haus gebracht, so sind an die Post noch 12 1/2 pro Vierteljahr Bestellgeld zu zahlen. Auch kann man die Bestellung durch den Briefträger besorgen lassen, doch ist es gut, am Wechselungen zu verhüten, diesem den genauen Titel der Zeitung „Der Deutsche Tischlermeister“ und die Zeitungskatalognummer 1956 auf einen Zettel aufzuschreiben. Auch kann man einen derartigen Bestellzettel mit der Aufschrift: An das Postamt, hier, und mit deutlicher Angabe der Wohnung und des Namens des neuen Abonnenten versehen, anfrankirt in einen Briefkasten werfen, dann besorgt die Post die Zeitung und erhebt den Betrag für das Abonnement durch den Briefträger. Wünscht ein Abonnent die Zeitung per Streifenband zu erhalten, dann genügt eine Postkarte an die Expedition, „Der Deutsche Tischlermeister“, Berlin, Friedrichstraße 31. Das Streifenbandabonnement ist theurer und kostet M. 2 pro Quartal. Jeder neue Abonnent erhält einen inhaltsreichen, werthvollen Tischlerkalender (Taschen- oder Nachschlagebuch) für das Jahr 1902 gratis, so lange der Vorrath reicht.